Nr. 295 — Jahrgang 12 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Sonnabend, den 24. Dezember 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,14 Zlp. Anzeigen unter Text 0,50 Zlp. von außerhalb 0,60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 12. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Vor einem neuen Umsturz in Schanghai

Die Kommunisten rüsten — Uneinigkeit der Generale — Neue Offensive der Nationalarmee Abbruch der Beziehungen zu Moskau?

Peking. In politischen Kreisen sind im Zusammenhang mit der Unterbrechung sämtlicher Drahtverbindungen zwischen Peking und Shanghai Gerüchte über einen kommunistischen Umsturz in Shanghai verbreitet. Die Unterbrechung des Drahtverkehrs ist auf einen Streit der unter kommunistischen Einfluß stehenden Shanghaier streikenden Telegraphenbeamten zurückzuführen. Auch innerhalb der kommunistisch durchsetzten Postbeamtenschaft, soll der Ausbruch eines Streiks drohen. Im Zusammenhang damit hat man in Schanghai den Eindruck von einem bevorstehenden politischen Generalstreik zur Vorbereitung eines kommunistischen Umsturzes.

Die Abreise des Personals des Schanghaier Sowjetkonsulats ist mit Genehmigung der Nankingregierung auf Sonnabend verschoben worden. Diese Verschiebung ist auf eine Demarchee des japanischen Generalskonsuls in Schanghai bei der Nankingregierung wegen der Ausweisung des Sowjetkonsuls zurückzuführen. Bei dieser Gelegenheit hat der japanische Generalkonsul der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die kommunistischen Unruhen mehr durch die Differenzen innerhalb der Kuomingtang als durch die russische Agitation veranlaßt worden seien. Daraufhin hat die Nankingregierung die Abreisefrist des Personals des Sowjetkonsulats bis zum 23. Dezember verlängert. Für die Angestellten des Sowjetkonsulats in Hankau kommt eine Hinausschiebung des Abreisetermins jedoch nicht in Frage. Man rechnet vielmehr mit der Ergreifung von Zwangsmaßnahmen, seitens der chinesischen Behörden. In Kanton befindet sich das Personal des Sowjetkonsulats noch in Schutzhaft. Die Gesamtzahl der Identifizierten getöteten Russen beläuft sich auf neun. Konsulatsbeamte sollen sich nicht darunter befinden.

Die Pekinger Regierung beschäftigte sich in einen Kabinettsrat mit der Frage eines eventuellen Abbruch der Beziehungen zwischen Peking und Moskau. Beschlüsse wurden jedoch noch nicht gefaßt.

Offensive der chinesischen Nationalisten

Peking. Wie aus Schanghai gemeldet wird, hat die Nankingregierung gestern ein Komitee für die Verwaltung des russischen Eigentums in Südchina gebildet.

In Sutschau fand eine Konferenz der Nankinggeneräle statt, auf der Marschall Tschiangkeischek einen Vortrag über die militärischen Operationen hielt. Die Konferenz beschloß, mit der neuen Offensive gegen den Norden von Anfang der nächsten Woche an zu beginnen. Die Lage von Kanton ist gegenwärtig wieder besorgniserregender. Nach halbamtlichen Meldungen befinden sich kommunistische Truppen 86 km vor Kanton.

Die uneinigen Sieger in China

London. Nach Meldungen aus Hongkong haben die Truppen des Generals Litschaisum Chaoking in der Nähe von Kanton wieder besetzt. Ob es zu weiteren Kämpfen mit den Roten kommen wird, läßt sich noch nicht übersehen. Die ganze Lage ist wegen andauernder Intrigien sehr verworren. General Wangtschingwei, der die Absicht hatte, sich entweder von der nationalistischen Kontrolle durch die Nankinger Gruppe freizumachen oder in Kanton eine eigene unabhängige Regierung zu errichten, war zusammen mit Tschiankeischek bereits auf der Einigungskonferenz in Schanghai in eine schwierige Lage geraten. Nunmehr hat der Staatsstreich der Kommunisten in Kanton die Stellung der beiden Generale unhaltbar werden lassen. Wie die „Times" berichten, ist infolge dieser Entwicklung Wangtschingwei gestern abgereist, angeblich nach Deutschland, und hat Tschiankeischek die Beobachtung der weiteren Entwicklung überlassen. Die Kantonführer lassen nunmehr erkennen, daß ihnen Litschaisums Truppen in Kanton willkommen sind, jedoch nicht Litschaisum selbst. Tschiankeischek ist aufgefordert worden, seine in Fukien stehenden Untergeneral Tschemmingschun, der sich infolge Differenzen mit anderen Führern, neuerdings General Litschaisum angeschlossen hat, nach Kanton zu entsenden.

Verhandlungspause

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Warschau, den 22. Dezember.

Es ist in der inzwischen eintretenden Weihnachtspause in den Handelsvertragsverhandlungen an der Zeit, den gegenwärtigen Stand der in Warschau von Minister Hermes mit den polnischen Kreisen geführten Besprechungen zu prüfen. Nachdem das früher schon zustande gekommene sogenannte Holzabkommen, das bekanntlich infolge der in ihm enthaltenen Warengruppen (Autos, Fahrräder, Uhrwerke, Glasröhren) bereits eine Art in sich geschlossenen Handelsabkommens darstellt, glaubte man nun in raschem Tempo auch die übrigen, allerdings bedeutend wesentlicheren Fragen des künftigen Handelsvertrages regeln zu können. Indessen mußten schon in kurzer Zeit die Hoffnungen bezüglich des Zustandekommens des gesamten Vertrages zurückgeschraubt werden, denn es hat sich gezeigt, daß es vielleicht empfehlenswerter wäre, vorerst eine Regelung eines Teils der wichtigsten Fragen anzustreben, ohne daß diese Verhandlungen durch die übrigen Fragen eine Belastung erfahren würden. Man nahm daher die von manchen Kreisen vorgeschlagene Verhandlungsplattform auf, die in einem Vorvertrag zu einer Verständigung in einzelnen Punkten führen sollte. Aber auch diese Verhandlungen haben sich schwieriger gestaltet, als man optimistischerweise anzunehmen geneigt gewesen war.

Vor allem bilden die durch den nunmehr angestrebten Teilvertrag bedingte Einschränkung der im Laufe der Zeit gemachten gegenseitigen, für den Gesamtvertrag berechneten Zugeständnisse für beide Teile eine nicht zu verkennende Schwierigkeit. Hat man beispielsweise deutscherseits bereits mit der Zuerkennung des in langwierigen Verhandlungen erreichten Niederlassungsrechtes fest gerechnet, so kann die Enttäuschung, welche die deutsche Delegation nunmehr empfinden muß, wenn Polen dieses Recht im Vorvertrag nicht fixiert haben will, durchaus verstanden werden. Die Polen werden aber das Maß für Tauschobjekte eingebüßt haben, wenn sie plötzlich ihre Ausfuhrmöglichkeit für Schweine von 600 000 Stück jährlich, die ihnen von dem derzeitigen Verhandlungsleiter Lewald (im Rahmen des Gesamtvertrages) zugestanden worden waren, nunmehr auf Grund des neuen Hermesschen Angebots auf nur noch 200 000 verringert sehen. Es ist zweifellos sehr schwierig, die Grenzen eines solchen Vorvertrages, dem doch der Gesamtvertrag in absehbarer Zeit folgen soll, genau zu ziehen, und während beide Teile innerhalb des Gesamtvertrages zweifellos bestrebt wären, den gesamten Komplex der gegenseitigen Handelsbeziehungen und Aus- und Einfuhrmöglichkeiten zu regeln, so werden sie bei einem Vorvertrag um den Preis gewisser Zugeständnisse bei dem Partner die möglichst größten Vorteile einzuhandeln suchen. Aus dieser Erwägung heraus hat Polen auch das Verlangen nach breiteren Kontingenten aufgestellt, was vielleicht durch Schaffung besonderer Zusatzkontingente zu ermöglichen wäre, innerhalb deren das Abkommen erfolgen soll. Bei der Kohlenfrage dürfte die Einigung bedeutend leichter erreicht werden können, als auf den übrigen Gebieten. Obwohl die polnisch-oberschlesische Kohlenindustrie ihre Ausfuhrforderung im Laufe der letzten Zeit auf 400 000 Tonnen monatlich festgesetzt hat, beläuft sich die offizielle polnische Forderung auf 350 000 Tonnen, während man deutscherseits eine Einfuhr von 200 000 Tonnen zu gewähren bereit ist. Die gegenseitigen Forderungen differenzieren, wie man sieht, nicht so sehr, als daß eine Verständigung ausgeschlossen schiene. Es ist selbstverständlich, daß diese Kohleneinfuhr eine Belastung der einheimischen deutschen Kohlenerzeugung darstellen wird, jedoch sicherlich nicht in dem Umfange, wie es die Presse in Deutschland unter Hinweis auf neue arbeitslose Bergarbeiter tut.

Der Handelsvertrag mit Polen wird die deutschen Exportmöglichkeiten bedeutend steigern können, wodurch der Kohlenverbrauch sich gleichfalls erhöhen wird. Auch wird sich die Steigerung des deutschen Kohlenexports hier ausgleichend auswirken. Es ist indessen sehr zweifelhaft, ob Polen als Kompensation für die Schweine- und Kohlenausfuhr gewisse feste Zollbindungen eingehen wird oder gar die Meistbegünstigungsklausel gewähren. Es ist bisher von dem Standpunkt ausgegangen, daß diese Fragen vielmehr dem Gesamtvertrag vorbehalten bleiben müssen. Ein Kapitel für sich bilden die im Laufe der Zeit in Deutschland wie in Polen eingeführten gegenseitigen Kampfmaßnahmen, deren Abbau zwangsläufig eine der Vorbedingungen für die normale Gestaltung der wirtschaftlichen Be-

Englands Macht wächst ständig

Die Thronrede anläßlich des Parlamentsschlusses — Die Bedeutung des Völkerbundes — Englands größte Sorge: die Arbeitslosigkeit

London. Anläßlich der Vertagung des Parlaments hielt der König eine Thronrede, in der er zunächst mit Befriedigung der Reisen des Prinzen von Wales und des Prinze Georg nach Kanada und des Herzogs und der Herzogin von York nach Australien und Neuseeland gedachte und dann in herzlichen Worten die Besuche des Präsidenten der französischen Republik und des Königs von Aegypten in London erwähnte. In der Rede hieß es dann weiter:

„Mit tiefer Sympathie und Befriedigung haben wir das ständige Wachsen des Einflusses des Völkerbundes und den zunehmenden Anteil, den er bei der Beilegung internationaler Streitigkeiten und der Aufrechterhaltung des Friedens hat, beobachtet. Die letzte Tagung des Völkerbundsrates bedeutete einen weiteren Schritt auf diesem Wege. Die Regierung wird weiterhin ihre Politik auf einer loyalen Zusammenarbeit mit dem Völkerbund aufbauen. Daß es nicht gelungen ist, bei der Dreimächtekonferenz in Genf zu einem Uebereinkommen zu gelangen, ist bedauerlich, jedoch hat trotz diesen vorübergehenden Fehlschlages die Regierung nicht die Absicht, ihr Marinebauprogramm zu vermehren, das gegründet ist auf der wohlerwogenen Berücksichtigung der defensiven Bedürfnisse des weitverbreiteten Reiches."

Nach Erwähnung der kürzlich abgeschlossenen Schuldenfundierungsabkommen mit Griechenland und Jugoslawien wird in der Rede mit Befriedigung festgestellt, daß jetzt mit allen alliierten Ländern Fundierungsabkommen über die Kriegsschulden abgeschlossen worden sind, mit Ausnahme von Rußland.

„Die Arbeitslosigkeit", so heißt es in der Ansprache weiter, „zeigt in einigen Teilen des Landes willkommene Zeichen der Besserung, es gibt jedoch in anderen Teilen noch Grund zur Beunruhigung. Zur Erleichterung der Uebertragung von Arbeit und Industriezweigen mit beschränkten Beschäftigungsmöglichkeiten, insbesondere in der Kohlenindustrie, wird eine Kommission ernannt werden, die die von den zuständigen Ressorts zu ergreifenden Maßnahmen anempfehlen soll. Ein großer Fortschritt ist im Verlaufe des vergangenen Jahres auf dem Gebiete der Bekämpfung der Wohnungsnot erzielt worden. In England und Wales wurden seit dem Waffenstillstand mehr als eine Million Häuser neu gebaut.

Noch eine Million Arbeitslose

London. Der Abgeordnete der Arbeiterpartei Johnson wies im Unterhaus auf die lange Dauer der Arbeitslosigkeit hin, von der etwa eine Million Personen betroffen seien und verlangte durchgreifende Abhilfemaßnahmen. Der Arbeitsminister antwortete, daß gegenwärtig mehr Hoffnung für die Zukunft bestehe, als seit langer Zeit. Im allgemeinen hätten Kredite zur Unterstützung der Arbeitslosen zur Folge, daß die Arbeit verringert werde, weil das dafür ausgegebene Kapital für die normale Ausdehnung der Wirtschaft fehle. Der nationale Elektrizitätsplan werde anregend wirken und auch den anderen Industrien helfen. Die Unterstützung für den Bau von Zuckerrüben werde eine neue Industrie schaffen. Der Minister glaubte, daß als das beste Mittel zum Schutze der Industrien mäßige Zolltarife zu betrachten seien. Wenn England eine Periode des industriellen Friedens habe, hoffe er, daß sich die Arbeitslosigkeit innerhalb von zwei Jahren auf acht Prozent der arbeitenden oder weniger vermindern werde.

Der von Johnson eingebrachte Antrag betreffend Linderung der Not der Arbeitslosen wurde darauf vom Unterhaus mit 256 gegen 102 Stimmen abgelehnt.

Die deutsche Delegation verläßt Warschau

Warschau. Die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen unter Führung von Dr. Hermes, hat Donnerstag Abend Warschau zu einer dreiwöchigen Weihnachtspause verlassen. Die Verhandlungen werden am 12. Januar in Warschau fortgesetzt werden.

In den bisherigen Besprechungen sind, nachdem der Rahmen der kommenden Verhandlungen umrissen wurde, zunächst eine Reihe von Vorfragen zur Behandlung gekommen. Eine wesentliche Rolle spielte hierbei die Möglichkeit der Valorisierung der polnischen Zollsätze. Eine Entscheidung darüber ist von polnischer Seite bisher noch nicht getroffen worden. Bezügl. der polnischen Verordnung über die Maximalzölle, deren Inkrafttreten auf den 1. Februar hinausgeschoben worden war, wird angenommen, daß der Termin im Sinne der bereits früher getroffenen Vereinbarungen weiter hinausgeschoben werden wird.

ziehungen zwischen beiden Ländern sein muß. Gegenwärtig ist man damit beschäftigt, die unter die Rubrik Kampfzölle fallenden Zollpositionen genau zu präzisieren, um auf diese Weise unangenehme Ueberraschungen zu vermeiden.

Da der Wunsch, die Vorvertragsverhandlungen zu einem Abschluß zu bringen, auf beiden Seiten durchaus besteht — Minister Hermes hat in Presseunterredungen den guten Willen der polnischen Unterhändler ausdrücklich hervorgehoben — so ist mit dem Abschluß dieser ersten Etappe der Anknüpfung normaler Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen mit Sicherheit zu rechnen. Wie sich unter diesen Umständen eine Fortsetzung der Verhandlungen, mit dem endgültigen Ziele eines umfassenden Handelsvertrags gestalten wird, darüber herrschen zwei Ansichten. Die eine, die nicht zuletzt von denjenigen Kreisen aufgegriffen wurde, denen ein Handelsvertrag nicht unumgänglich notwendig erscheint, besagt, daß der Vorvertrag sich von selbst einen größeren Ausdehnungskreis erkämpfen wird, und daß es sich dann, wenn die Wirtschaftsbeziehungen erst einmal wiederhergestellt sein werden, viel leichter über die anderen, heute noch strittigen Punkte reden lassen wird. Demgegenüber können die Freunde der Verständigung zwischen beiden Ländern ihre Befürchtung nicht verhüllen, daß der Vorvertrag, der eben eine Reihe von gegenseitigen wirtschaftlichen Postulaten erschöpfen wird, auf diese Weise den weitergehenden Bemühungen die Stoßkraft entziehen könnte.

Dieser Befürchtung können auch wir uns nicht entziehen und wollen hoffen, daß die Gefahr, die in einer Schwächung der Verständigungskräfte liegt, als deren Exponenten von hüben und drüben, und nicht nur als nüchterne Geschäftsleute, man die beiden Delegationen, die ja in Bälde zu den offiziellen Verhandlungen zusammentreten werden, betrachten möchte, die Gefahr, die eine zu enge Begrenzung des Verhandlungsrahmens mit sich bringen könnte, von den maßgebenden Kreisen erkannt werden möge. Th. L.

Zum Neubau des Völkerbundspalais

Genf. Das von der Völkerbundsversammlung im September eingesetzte Fünferkomitee zur Auswahl des Bauplanes für das neue Völkerbundspalais hat heute seine Arbeiten abgeschlossen und den Beschluß gefaßt, dem Völkerbundsrat das Projekt der schweizerischen Architekten Flegenheimer-Nenot als Basis für den Bau des Völkerbundspalais zu empfehlen. Jedoch sollen diese beiden schweizerischen Architekten unter Hinzuziehung des französischen Architekten Lefevre-Paris, des ungarischen Architekten Vage-Rom, sowie der drei italienischen Architekten Broggi, Vaccaro und Franzi einen neuen Entwurf ausarbeiten, der sodann dem Fünferkomitee zur Bestätigung vorgelegt werden soll. Die endgültige Entscheidung über den Bauplan liegt beim Völkerbundsrat, dessen Zustimmung jedoch nunmehr nach der Entscheidung des Fünferkomitees lediglich einen formalen Charakter tragen wird. Das Komitee hat sich heute somit grundsätzlich auf die großen Linien des schweizerischen Projektes geeinigt. Dieses Projekt sieht das Palais im französisch-klassizistischen Stil vor.

Wahlpropaganda Daudets von Spanien aus?

Paris. Wie aus Madrid gemeldet wird, ist dort die Nachricht verbreitet, daß der nach Belgien geflohene Royalist Daudet die Absicht habe, sich nach Barcelona zu begeben, um von dort aus die Propaganda in den französischen Grenzbezirken für die bevorstehenden Wahlen zu leiten. In offiziellen spanischen Kreisen wird erklärt, daß die spanische Regierung eine Propagandatätigkeit Daudets auf spanisches Gebiet nicht zulassen werde.

Die russische Opposition will sich nicht ausschließen lassen

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Moskauer Parteiorganisation von den ausgeschlossenen Mitgliedern der Opposition die Rückgabe aller Mitgliederkarten und Parteidokumente verlangt. Diese verweigerten jedoch die Ablieferung der Papiere, da sie sich nach wie vor als Mitglieder der Partei betrachten. Die Ablieferung soll nun mit Hilfe der Miliz und der Staatsanwaltschaft erzwungen werden. Die Mitgliederkarten werden in der Presse für ungültig erklärt. Die Oeffentlichkeit erwartet mit Spannung die Antwort der Opposition.

Rußland zur Randstaatengarantie

Das russische Außenkommissariat hat erklärt, daß die Gerüchte über ein russisch-litauisches Militärbündnis der Grundlage entbehren. Neben dem längst veröffentlichten Garantievertrag bestünden keine Abmachungen zwischen Litauen und der Sowjetunion. Mit dieser Mitteilung ist die Warnung an Polen verbunden, daraus nicht auf eine Billigung der poln. Hegonomiepläne in den Randstaaten zu schließen. Diese Erklärung darf man als erste außenpolitische Auswirkung der innerpolitischen Festigung der Sowjets nach der Maßregelung der Opposition und zugleich als maßgebliche Kommentierung der bisherigen russischen Haltung in der polnisch-litauischen Frage betrachten. Will Rußland sich nicht selbst den Weg nach dem Westen abschneiden, so wird es einem Ueberwuchern des polnischen Einflusses in den Randstaaten nicht tatenlos zusehen können, so sehr auch verkehrsgeographische Interessen Rußland mit Polen verbinden. Vor allem hat Rußland kein Interesse daran, seine Handlungsfreiheit gegenüber den einzelnen Randstaaten durch einen Kollektivvertrag mit den Randstaaten unter polnischer Führung zu beschränken. Auch die bisherigen polnisch-russischen Garantieverhandlungen hatten nicht das Ziel einer Grenzsicherung, sondern das eines Nichtangriffspaktes. Ein Kollektivvertrag mit den Randstaaten unter Einschluß Polens, würde aber die Grenzgarantie russischerseits und den Verzicht auf ein Eingreifen bei Machtverschiebungen innerhalb der Randstaaten in sich schließen, auch, wenn derartige Klauseln nicht expressis verbis in den Vertrag nicht aufgenommen werden. Damit würde sich Rußland zu dem die Möglichkeit einer Revision der bessarabischen Grenze außerordentlich erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Die ablehnende Haltung der Sowjets gegenüber den hier gekennzeichneten polnischen Wünschen dürfte auch dadurch erleichtert sein, daß gerade jetzt eine Entspannung im estländisch-russischen Verhältnis eingetreten ist. Die frühere estnische Regierung hatte die Beschuldigung Lukowskys, daß der Sowjetgesandte Petrowsky in Reval ein Attentat auf prominente estländische Politiker plane, als wahr bezeichnet, während die neue Regierung Tönnisson von der Anklage Lukowskys abrückt. Man muß hierin das Bestreben der neuen estländischen Regierung erblicken, wieder normale Beziehungen zu Rußland anzubahnen.

Ein Interview mit Woldemaras

Warschau. Wie das halbamtliche Regierungsorgan „Epoka" aus Kowno meldet, erklärte Woldemaras gestern Pressevertretern gegenüber, daß er noch nichts Genaues über den Zeitpunkt des Beginns der Verhandlungen zwischen Polen und Litauen sagen könne. Es dürfe jedoch nichts übereilt werden, da von beiden Parteien längere Vorbereitungen getroffen werden müßten. Die litauische Regierung verlange u. a. Rückkehr der aus Wilna ausgewiesenen Bürger litauischer Nationalität und die Regelung des Militärverhältnisses der im Wilnagebiet wohnenden litauischen Staatsuntertanen. Ferner müsse die Frage des Bahnverkehrs geregelt werden.

Oeffnung der litauisch-polnischen Grenze

Kowno. Nach einer Verfügung der polnischen Regierung ist nunmehr der Grenzverkehr an der litauisch-polnischen Grenze aufgenommen worden. Die polnische Regierung gibt bereits Ausweise zur Uebertretung der Grenze aus. Litauischerseits ist bisher eine derartige Verfügung noch nicht erlassen worden.

Parteitag der italienischen Sozialisten

Die italienische sozialistische Partei, deren gesamte Verwaltungsorganisation sich nach Paris geflüchtet hat, hielt diese Woche enen zweitägigen Kongreß ab. Den Höhepunkt bildete eine Rede des Parteivorsitzenden Turatti und des Präsidenten der italienischen Liga für Menschenrechte, Campoluoni. Turatti forderte die Kongreßteilnehmer auf, nicht an der Zukunft Italiens zu verzweifeln, denn dann würden sie ihre eigene Existenzberechtigung leugnen. Mit Gewalt sei leider gegen den Faschismus nichts auszurichten, denn er verfüge über 250 000 Gewehre, die im Augenblick losgehen könnten. Der Faschismus werde aber mit dem Tage beseitigt sein, wo alle Arbeiter in Italien begriffen hätten, daß er nicht nur zur wirschaftl. Desorganisation, sondern auch zur geistigen und moralischen Erniedrigung Italiens führen müsse. Man könne den Untergang des Faschismus dadurch beschleunigen, daß man seine Isolierung durch die übrigen Länder propagiere.

Genosse Hermann Molkenbuhr gestorben

Berlin. Wie die „B. Z." meldet, ist der Senior des Sozialdemokratischen Parteivorstandes, der frühere Reichstagsabgeordnete Hermann Molkenbuhr Donnerstag morgen nach längerem Leiden an einer Lungenembolie gestorben.

•

Berlin. Der Reichskanzler hat zugleich im Namen der Reichsregierung zum Tode des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Hermann Molkenbuhr, der Gattin sowie dem Vorstande der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seine aufrichtige Anteilnahme zum Ausdruck gebracht.

Arbeitskrise in Schweden

Stockholm. Die Ankündigung der Aussperrung von 17 000 Arbeitern in Papierfabriken hat in der Arbeiterschaft große Unruhe ausgelöst. In den Eisengruben in Mittelschweden droht gleichfalls die Aussperrung der Arbeiter. Man rechnet mit einem Sympathie-Streik der Arbeiterschaft in den lappländischen Eisengruben. Die Eisenerzlieferungen an Deutschland würden dadurch gefährdet werden.

Der Metallarbeiterverband gegen die Verbindlichkeitserklärung zum Schiedsspruch in der Großindustrie

Essen. Die Konferenz der Delegierten und Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der übrigen beteiligten freien Gewerkschaften des Tarifgebietes der Eisen- und Stahlindustrie Nordwest hat zu der durch die Verbindlichkeitserklärung der beiden Schiedssprüche geschaffenen Lage Stellung genommen. In der Beschlußfassung heißt es u. a.: Trotz der starken Gegenwirkung der Vertreter der freien Gewerkschaften seien die Schiedssprüche über Lohn und Arbeitszeit vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Dadurch sei ein Vertragsverhältnis geschaffen, das die Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie mit der größten Erbitterung erfüllen müsse. Nicht nur sei der größte Teil der notwendigsten und zeitentsprechenden Forderungen der Arbeiter unerfüllt geblieben, sondern auch die Verordnung vom 16. Juli 1927 über die Regelung der Arbeitszeit der Stahl- und Walzwerkarbeiter, die nach einem einstimmigen Gutachten des Reichswirtschaftsrates zustande kam, sei stark verstümmelt worden. Der in den letzten Tagen bekanntgewordene Beschluß der Arbeitgeber über die Stilllegungsanzeige zeige erneut die Einstellung der Schwerindustrie. Die Konferenz erkenne an, daß ihre Vertreter, die seit Jahren aufgestellten gemeinsamen Forderungen mit aller Kraft vertreten hätten. Die Konferenz halte es für selbstverständlich, daß, um Schädigungen einzelner Mitglieder und der Gesamtorganisationen zu vermeiden, nur den Anordnungen der freien Gewerkschaften Folge zu leisten sei.

Amerikas Banken retten den Faschismus

Neuyork. J. P. Morgan und Co. gaben die Gewährung eines Kredites in Höhe von 25 Millionen Dollar an die Banca d'Italia bekannt. Die Meldungen über ähnliche Kredite, die seitens verschiedener Londoner Banken bewilligt wurden, sind bestätigt worden.

Die Federal Reserve-Bank hat sich bereit erklärt, von der Banca d'Italia bis zum Betrage von 30 Millionen Dollar prima Handelswechsel zu übernehmen.

Schatzsekretär Mellon und die Mitglieder des Federal Reserve-Board gaben ihrer Meinung Ausdruck, daß die Rückkehr Italiens zum Goldstandard angesichts der engen Verbundenheit zwischen Lira und Franken wahrscheinlich der Vorläufer einer ähnlichen Maßnahme Frankreichs sei.

Zeitungsbeschlagnahme in Warschau

Warschau. Donnerstag in den frühen Morgenstunden wurde die erste Auflage des oppositionellen Blattes „Gazeta Warszawska Poranna" beschlagnahmt. Der sozialistische „Robotnik" ist vor einigen Tagen dem gleichen Schicksal verfallen.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

56)

Wir zogen die Hausglocke. James Weymouth öffnete. Er schien über unser Kommen sehr erfreut.

„Es wird am besten sein, wenn du erst nach der Patientin siehst," riet mein Freund.

Ich folgte Weymouth nach oben. Seine Frau erwartete mich dort und ließ mich in das Schlafzimmer eintreten, wo die schwergeprüfte Witwe des Kommissars lag.

„Haben Sie Ihrer Schwägerin das Schlafmittel eingeflößt?" erkundigte ich mich.

Frau Weymouth nickte. Sie war eine freundliche Frau, in deren Augen jedoch dieselbe Angst lag wie in denen ihres Mannes. Die Patientin schlummerte fest. Ich gab der treuen Pflegerin einige Anweisungen und suchte das Wohnzimmer auf.

Weymouth saß, seine Pfeife rauchend, vor dem geöffneten Fenster. Das schwache Licht der Tischlampe verlieh ihm eine fast erschreckende Aehnlichkeit mit seinem Bruder. Dann wandte er mir das Gesicht zu, und die Illusion war verschwunden.

„Glauben Sie, daß sie aufwachen wird, Herr Doktor?"

„Wohl kaum," war meine Erwiderung.

Nayland Smith stand auf dem Kaminteppich und klopfte ungeduldig mit den Zehenspitzen auf den Boden. Er rauchte gleichfalls. Ich nahm in einem Sessel Platz und brannte mir eine Zigarette an. Um die Langeweile der Nachtwache zu vertreiben, hatte ich meine Notizen, Papier und Füllfederhalter mitgebracht, um an meinem Bericht über Fu-Mandschu weiterzuarbeiten.

Allmählich wurde es still im Hause. Außer dem schwachen Windhauch, der durch die überhängenden Bäume flüsterte, und dem Geräusch, das durch Smiths fortwährendes Zündhölzeranstreichen entstand, störte mich nichts in meiner Beschäftigung. Trotzdem kam ich nicht recht vorwärts. Zwischen meinen Geist und das Kapitel, mit dem ich mich gerade abgab, drängte sich immer wieder ein bestimmter Satz. Es war, als ob eine unsichtbare Hand das geschriebene Blatt dicht vor meine Augen hielt:

„Denke dir jemand: groß, schlank, tigerhaft, hochschultrig, mit einer Stirn wie Shakespeare und dem Gesicht des Satans, mit einem fast glattrasierten Schädel und mandelförmigen, hypnotischen Augen von der Farbe des Katzengrüns. Gib ihm alle grausame Verschlagenheit morgenländischer Rassen, aufgehäuft in einem gygantischen Intellekt . . ."

Dr. Fu-Mandschu! So, wie Smith ihn mir in einer Nacht, die jetzt so weit hinter uns zu liegen schien, beschrieben hatte — in jener Nacht, da ich zum erstenmal von seiner Existenz vernahm.

Als Smith seine Pfeife zum neunten oder zehnten Male am Kamin ausklopfte, kündete die Kuckucksuhr in der Küche die volle Stunde.

„Zwei Uhr," bemerkte James Weymouth.

Ich barg meine Aufzeichnungen und Manuskriptblätter in der Aktentasche. Weymouth drehte den Docht der Lampe niedriger. Auf Zehenspitzen schlich ich hinauf ins Krankenzimmer. Alles war ruhig, und Frau Weymouth flüsterte mir zu, daß die Patientin noch immer in tiefem Schlafe ruhe.

Ich kehrte zu den beiden Herren zurück. Smith wanderte ungeduldig im Zimmer auf und ab. Eine Viertelstunde später legte sich der schwach säuselnde Zephir, und jetzt herrschte um uns eine Stille, wie ich sie so nahe dem ewig pulsierenden Herzen der Weltstadt nicht für möglich gehalten hätte. Deutlich vernahm ich Weymouth beklommenes Atemholen. Er spähte aus dem Fenster in die dunklen Schatten unter den Bäumen. Smith gab seine Wanderung auf und stellte sich wieder auf den Kaminteppich.

Von der Dorfstraße her drang leises Geräusch, das gleich darauf wieder erstarb. Ein paar Minuten zuvor hatte Smith die Lampe ausgeblasen. Dreimal wiederholte sich der Ruf des Käuzchens. Der Bote war also gekommen. Aber woher und mit welchen Nachrichten, wußte ich nicht. Fern hörte ich eine Turmuhr die halbe Stunde künden. Ein Windhauch strich durch die Blätter. Der Wind, so dachte ich, schien jetzt aus einer anderen Richtung zu wehen, daß ich früher diese Uhr nicht hatte schlagen hören. An dieser entlegenen Stätte war es schwer, zu glauben, daß es die Turmuhr der St. Paulskirche war. Und doch verhielt es sich so.

Beinahe gleichzeitig mit dem Glockenschlag ertönte ein anderer Laut — ein Laut, den wir alle erwartet, für den wir gewacht hatten; aber als wir ihn hörten, war wohl keiner von uns Herr seiner Nerven: Ein befehlendes Klopfen an der Tür!

„Mein Gott!" ächzte Weymouth. Aber er bewegte sich nicht.

„Kom, Petrie!" Smith eilte zur Haustür — warf sie mit plötzlichem Ruck zurück.

Ich weiß, daß ich kalkweiß wurde und einen wilden Schrei ausstieß, als ich mit geballten Händen vor dem, was auf der Schwelle stand, zurücktaumelte.

Es war eine häßliche, verwahrloste Gestalt, mit wirrem Bart und furchtbar starrenden Augen. Mit zittrigen Krallenhänden rupfte sie sich an den Haaren — am Kinn, am Mund. Kein Mondlicht fiel auf diesen überirdischen Besuch, aber trotz der schwachen Beleuchtung sahen war deutlich die bleckenden Zähne und die wildfunkelnden Blicke.

Der Mann begann zu lachen — fortwährend, ohne Aufhören — entsetzlich und grell!

Nie hatte ich derart Fürchterliches gehört. Dann drückte Smith auf den Knopf seiner elektrischen Taschenlampe und richtete den Lichtstrahl auf das Gesicht in der Türöffnung.

„Mein Gott!" rief Weymouth. „Es ist John!" — Und immer wieder: „O Gott! O Gott!"

Vielleicht zum ersten Male in meinem Leben glaubte ich wirklich ein Wesen aus einer anderen Welt zu sehen. Ich schäme mich, zu gestehen, wie groß das Grauen war, das mich umfing. James Weymouth hob die Hände, als ob er die entsetzliche Gestalt von der Schwelle verscheuchen wolle.

„Halte ihn fest, Petrie!" gebot Smith leise. Trotz der verwirrenden Situation dachte er noch an die arme, schlafende Kranke.

Er sprang auf den anderen zu. In dem Augenblick, da er mit dem Mann, der geklopft hatte, in ein Handgemenge verwickelt war, wußte ich, daß der nächtliche Gast ein Mensch von Fleisch und Blut war — ein Mensch, der schrie und wie ein wildes Tier sich zur Wehr setzte, wutgeifernd und zähnefletschend — in tobendem Irrsinn.

Im Nu hatte ich dies alles erfaßt. Ich eilte Smith zu Hilfe. Lärm herbeistürmender Schritte erklang. Die beiden Beamten, die sich versteckt gehalten hatten, kamen herbei. Ein dritter war bei ihnen. Und zu fünft — James Weymouth hatte noch immer nicht begriffen, daß ein menschliches Wesen und kein Geist in unserer Mitte brüllte und jammerte — zu fünft packten wir jetzt den Rasenden, ohne ihn aber überwältigen zu können.

„Die Spritze, Petrie!" keuchte Smith. „Rasch! Gib ihm eine Injektion!"

(Fortsetzung folgt.)

 Sonnabend, den 24. Dezember 1927

Polnisch-Schlesien

Protektion

Heutzutage ist man bei uns ohne Protektion verloren. Einen Posten ohne Protektion zu bekommen ist völlig ausgeschlossen. Das Gesagte gilt vor allem, wenn es sich um einen Staatsposten handelt, oder gar um eine Anleihe in einer der Staatsbanken, und nicht zuletzt wenn es um eine Handwerkerarbeit, sei es in der Schule oder sonst in einem Amtsgebäude geht. Hat man die Protektion, so eignet man sich auf jeden Posten, es wird also durch eine Protektion selbst der dümmste zum klügsten und geeignetsten Kandidaten. Allerdings kommt es immer darauf an, von wem diese Protektion ausgeht. Wir wissen bereits, daß in Polnisch-Oberschlesien die Moralische Sanation Trumpf ist, und sie stützt sich vorwiegend auf zwei Organisationen, auf den Verband der ehemaligen Aufständischen und den polnischen Verband der Westmarken. Diese beiden Verbände haben sich in den letzten Monaten stark entwickelt und besitzen fast in allen Industrieorten ihre Ortsgruppen. Was diese beiden Organisationen bei uns bedeuten, das weiß jedes Kind. Sie sind eine Art Behörde, in vielen Fällen sind sie sogar weit mehr, wenn auch nicht offiziell. Wer sich der Gunst einer von den beiden Organisationen erfreut, der schwimmt oben an. Der Leiter der Ortsgruppe stellt über alle Gesuchsteller ein Gutachten aus, obwohl er vielfach gar nicht richtig schreiben kann, geschweige denn von Fähigkeiten zu reden, die zur Beurteilung eines Menschen erforderlich sind. In vielen Fällen sind die Ortsgruppenleiter, hauptsächlich in dem Westmarkenverbande, junge Herren, die erst unlängst aus Galizien uns beehrt haben, und die die Leute, über welche sie Gutachten abgeben, gar nicht kennen, insbesondere kennen sie ihre Vergangenheit nicht. Trotzalledem stellen sie Gutachten aus. Daß solche Gutachten wertlos, ja selbst für die Katze sind, wenn es sich um die empfohlenen Kandidaten handelt, braucht nicht näher erörtert werden. Und doch müssen die Leute, die Posten, Unterstützungen, Anleihen usw. haben wollen, solche Gutachten beibringen. Am Ende ist es gar nicht so schwer, von einem solchen Ortspascha ein Gutachten zu bekommen, man muß nur wissen, von welcher Seite er zugänglich ist. Viele helfen sich durch eine Zigarette oder ein Glas Bier, je nachdem, was das für eine Sache ist. Solche Ortspaschas begnügen sich nicht immer mit dem Ausstellen von Gutachten, sondern äußern vielfach ihre Wünsche, wen sie auf den einzelnen Posten sehen möchten. Wie viele Gemeindevorsteher daran glauben mußten, die bei ihnen schlecht angeschrieben waren, weiß der, der die Tagespresse fleißig liest. Das Bedauerliche an der ganzen Sache ist, daß die Staatsämter solchen Gutachten Beachtung schenken. Ist das Gutachten für den Gesuchsteller ungünstig, dann wird sein Antrag auf die Seite gelegt. Es sind Fälle vorgekommen, daß dem Gesuchsteller, der ein ungünstiges Gutachten bekommen hat, es gelungen ist, den Aussteller zu überzeugen, daß er unrichtig gehandelt hat, und dann ein anderes Zeugnis erhielt, das grundverschieden von dem ersten war.

Gegen eine solche Praxis muß ganz entschieden aufgetreten werden. Falls die Behörden oder sonst jemand eine Auskunft über eine Person einziehen wollen, so können sie sich an die Ortsbehörden wenden. In jeder Gemeinde befindet sich ein Gemeindevorstand, der doch alle Bürger kennt, bezw. in der Lage ist, direkte Erkundigungen über ihn einzuziehen. Der Gemeindevorstand kann doch die richtige Auskunft erteilen, die sicherlich mehr verläßlich sein wird als die Auskunft von Privatpersonen. Neben dem Gemeindevorstand befindet sich in jedem Orte eine Polizeiwache, die ebenfalls mit den Ortsverhältnissen gut vertraut ist und Auskunft erteilen kann.

Fristverlängerung bei Einlösung der Akzisenpatente

Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die Frist für die Einlösung der Akzisenpatente bis zum 15. Januar n. Js. für diejenigen Gastwirte verlängert worden, welche in letzter Zeit ihre Konzessionen zur Registrierung angemeldet haben. Die Finanzabteilung macht jedoch darauf ausdrücklich aufmerksam, daß eine Bestrafung bezw. sogar Schließung der Lokale erfolgt, wenn auch dieser Termin nicht eingehalten wird. — Bei Einlösung muß eine Erklärung ausgefüllt und die erste Teilzahlung und zwar die Hälfte der ganzen Patentgebühr eingezahlt werden. Die Quittung über die Teilzahlung, ist das Gewerbezeugnis für das Jahr 1928, welches bis zum 31. Dezember eingelöst sein soll, sowie die Monopolkonzession bezw. die Bescheinigung über die Registrierung der Konzession beizufügen. Diese Unterlagen müssen alsdann bei der Finanzkontrolle, welche für den jeweiligen Bezirk, in welchem die Gastwirtschaft sich befindet, zuständig ist, vorgelegt werden.

Diese Unterlagen werden bis zur Ausstellung des Akzisenpatentes für das Jahr 1928 zurückgehalten. — Eine Kontrolle der Gewerbezeugnisse wird in diesem Zeitraum auf Grund gegenseitiger Verständigung der Finanzbehörden nicht vorgenommen, so daß der Aushang im Lokal nicht zu erfolgen braucht.

Das Kapitel Minderheitsschule

Vor dem Kreisgericht in Kattowitz gelangte eine interessante Beleidigungsklage zum Austrag, in welcher der frühere Direktor Czapla von der „Spolka Bracka" in Tarnowitz als Privatkläger auftrat. Die Anklage richtete sich gegen den Delegierten der Abteilung für Schulwesen, Ingenieur Wladislaus Hanuszkiewicz. Dieser Angelegenheit lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Auf einer Vorstandssitzung des Aufsichtsrates der „Spolka Bracka", welche am 22. Januar d. J. in Kattowitz stattfand, ergriff in der freien Aussprache Direktor Czapla das Wort, welcher bemerkte, daß er die Wahrnehmung gemacht habe, daß ein Teil der Beamtenschaft die Kinder vom polnischen Schulbesuch fernhielt und der deutschen Minderheitsschule zuführte. Zugegangen seien ihm, dem Direktor, verschiedene Eingaben der Beamtenschaft, in welchen über die polnische Schule allgemein Klagen erhoben wurden, was ihn dazu bewog, dieserhalb, und zwar zuständigkeitshalber, bei der Wojewodschaft vorstellig zu werden. An der fraglichen Sitzung nahmen außer den beiden eingangs erwähnten Herren, welche sich vor Gericht als Kläger und Beklagter gegenüberstanden, Generaldirektor Cieszewski sowie der Inspektor und Personalchef der „Spolka Bracka", Gallus, teil.

Mit Unwillen nahm der Delegierte, Ingenieur Wladislaus Hanuszkiewicz von der leidigen Tatsache betreffs Entziehung der Kinder von der polnischen Schule, sowie in bezug auf die vorliegenden Beschwerden Kenntnis und gebrauchte im weiteren Verlauf der Sitzung angeblich eine Redewendung, welche von Direktor Czapla, der in der Schulangelegenheit, die im gewissen Sinne des Wortes als Privatsache des einzelnen Beamten anzusehen war, weitere Schritte, als die vorerwähnten, nicht unternehmen konnte, als Beleidigung aufgefaßt wurde. Direktor Czapla wollte den Fall vor dem Ehrengericht anbringen, doch kam dieser dortselbst nicht zum Austrag, worauf von dem Rechte der Privatklage Gebrauch gemacht wurde.

Den Vorsitz führte vor Gericht Amtsrichter Kopecz. Als Rechtsbeistand des Direktors Czapla trat Rechtsanwalt Dr. Krzymianski auf, während der Beklagte, Ingenieur Hanuszkiewicz, von Rechtsanwalt Zbislawski verteidigt wurde. Vernommen wurde eine große Anzahl Zeugen, von denen ein Teil bestätigte, daß der Beklagte die inkriminierten Redewendungen gebraucht hatte. Ingenieur Hanuszkiewicz gab dies auch zu, wogegen er verneinte, daß eine beabsichtigte Beleidigung des Direktors Czapla auf der fraglichen Sitzung des Aufsichtsrates seinerseits vorgelegen habe. Wegen formeller Beleidigung wurde Ingenieur Hanuszkiewicz zu einer Geldstrafe von 50 Zloty verurteilt. Die Urteilsbegründung wird dem Beklagten schriftlich zugehen.

Ausschank und Polizeistunde am Sylvestertag

Zwecks Genehmigung des Ausschanks von alkoholischen Getränken am 31. Dezember d. J., und zwar für den ganzen Sylvestertag, sowie Ausdehnung der Polizeistunde bis in den Neujahrstag, morgens 4 Uhr, intervenierte eine Delegation des Hauptvorstandes der Gastwirtsorganisation, Sitz Kattowitz, am gestrigen Donnerstag bei der Wojewodschaft. Nach den erhaltenen Informationen darf der Ausschank von Spirituosen infolge Vorschußzahlung zwar nicht tagsüber, jedoch am Abend erfolgen. Bezüglich Festsetzung der Polizeistunde in den einzelnen Ortschaften der Wojewodschaft haben je nach Lage der örtlichen Verhältnisse die Starosten bezw. Polizeiämter zu bestimmen, denen in dieser Hinsicht eine entsprechende Entscheidung freigestellt wird. Demzufolge wird die Zeit, in welcher der Ausschankt erlaubt ist, erst nach Regelung bezw. Ausdehnung der Polizeistunde genau bestimmt. Dieserhalb haben sich die interessierten Stellen unverzüglich an die einzelnen Bezirkshauptmannschaften zu wenden. Die Interessen-Wahrnehmung übernehmen für die organisierten Gastwirte in den einzelnen Ortschaften die Filialleiter und zwar im Auftrage des Zentralverbandes der Gastwirte.

Ueber das Wahlprogramm der Industriellen

Spricht man von Kapitalisten in Polen, so denkt man in erster Reihe an den schlesischen Berg- und Hüttenmann, weil diese Organisation die größte kapitalistische Macht in Polen verkörpert. Neben den schlesischen Kapitalisten kommen dann noch die Naphtha-, die Textil- und die Zuckerindustriellen in Frage. Alle diese Industrieinteressenten sind in kapitalistischen Fachverbänden organisiert und diese Fachverbände haben, wie wir schon gestern schrieben, eine Programmerklärung zu den bevorstehenden Sejmwahlen herausgegeben. Für den schlesischen Berg- und Hüttenmann haben bekanntlich die Erklärung Cischewski, Weinschenken, Williger, Geisenheimer, Wachsmann und viele Andere gezeichnet, mithin bildet sie auch das Programm aller schlesischen Kapitalisten.

Es ist daher auch für die schlesischen Arbeiter nicht gleichgültig, was die Kapitalisten über die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage denken und wie sie sich ihre Weiterentwicklung denken und vorstellen und deshalb wollen wir uns heute mit ihrer Erklärung etwas näher befassen. Aus ihrer Erklärung geht klar hervor, daß die Kapitalisten mit dem heutigen Regime in Polen zufrieden sind, weil es im wirtschaftlichen Leben eine Beständigkeit geschaffen hat, die bis dahin fehlte. Die Regierung hat versprochen jegliche Experimente im wirtschaftlichen Leben zu vermeiden und hielt das Versprechen. Im wirtschaftlichen Leben herrscht Frieden und Stetigkeit, was eine Vorbedingung für eine gedeihliche Entwickelung bildet. Die ganze Nation (die Arbeiter auch? Red.) ist am Anfange des Erwerbes, was bei dem Fleiß und Fähigkeit des Volkes und der natürlichen Schätze zu einer Machtentwickelung der Nation unter den Europavölkern führen muß. In finanzieller Hinsicht, ist eine Konsolidierung zu verzeichnen. Die Armee wird immer schlagkräftiger (darauf kommt es doch bei den Kapitalisten hauptsächlich an. Red.) und technisch immer besser ausgerüstet. Die politische Demagogie, die in Polen als Mittel im Kampfe benutzt wird, wird verurteilt.

Das Verenden des letzten Sejms in Polen, hat die Seele des Volkes nicht berührt, weil die Nation instinktiv nach einer starken Regierungsmacht verlangt. Die Parlamentsidee, die in der neuesten Weltgeschichte viele schöne Blätter füllt, ist lebendig und wird nicht zu Grunde gehen. Sie muß vor Ausschweifungen gerettet werden. Die Kapitalisten verlangen das Zweiparlamentsystem, wollen sich aber mit dem heutigen Senat in Polen nicht zufriedenstellen. Die Senatoren sollen durch Fachorganisationen und Korporationen gewählt und zum Teil durch die Regierung kooptiert werden. Man will hier eine Art preußisches „Herrnhaus", wie es in Preußen vor dem Kriege bestand, schaffen. Dabei soll dieses „Herrnhaus" dieselben Rechte, die dem Sejm zustehen, bekommen, Gesetzesvorschläge einbringen und Sejmbeschlüsse annullieren. Mißtrauensvotums des Sejms sollen erst dann eine Wirkung haben, wenn sie vom Senat bestätigt werden. Der Parlamentarismus soll also beibehalten werden, doch werden die Rechte der Volksvertretung derart beschnitten, daß es für die Kapitalisten nicht gefährlich wird, indem die Rechte des Senats, der eine Burg für alle konservativen Elemente bilden soll, mit den Rechten des Sejms gleichgestellt werden. Die Kapitalisten haben sich bereits in Polen gesammelt und ihre Organisation, die eine starke Macht bildet, gut ausgebaut. Sie fühlen sich fest im Sattel und wollen von ihrer wirtschaftlichen Macht im Staate Gebrauch machen; sie wollen regieren.

Die Programmerklärung verurteilt auch den Klassenkampf und will an dessen Stelle den „Solidarismus" stellen. Worin dieser „Solidarismus" bestehen soll, wird weiter nicht erörtert. Bis jetzt bestand der „Solidarismus" darin, daß in einem Betriebe die Arbeiter für Hungerlöhne schuften müssen, aus welchem die Kapitalisten Gewinne herausgeholt haben. Unsere Hütten- und Bergarbeiter könnten uns schon ein Liedchen über den „Solidarismus" vorsingen. Diejenigen, die Werte schaffen, können sich mit ihren Familien nicht sattessen, während diejenigen, die den Ertrag der Arbeit einstecken, in Saus und Braus leben. Männer der Arbeit hausen, infolge des Wohnungsmangels mit ihren Familien, wie die Heringe im Faß, während jene, die die Früchte dieser Arbeit einstecken, in schönen Villen und Palästen wohnen. Wo bleibt da der „Solidarismus", der den Klassenkampf ersetzen soll? Allerdings werden auf diesem Gebiete Versuche gemacht, aber in Amerika und nicht bei uns. **Hier muß ein erbitterter Kampf um jeden größeren Bissen Brot, den der Arbeiter in den Mund führen will, mit den Kapitalisten geführt werden.** Man solle uns also mit dem Solidarismus vom Halse bleiben

Angeblich wurde diese Programmerklärung durch die Regierung gebilligt. Sie beinhaltet eine Reihe Forderungen, die für uns nicht mehr neu sind und die der Lewjatan schon früher präsentierte. Bekanntlich frißt der Lewjatan der Regierung aus der Hand und insbesondere ist der Leiter des Lewjatan Wierzbicki, mit dem Vizeministerpräsident Bartel befreundet. Diese Tatsache muß man wissen, wenn man die Programmerklärung richtig einschätzen will.

Kattowitz und Umgebung

Trostlose Aussichten.

Ein Fliegenschwarm, aus der Greuelgegend von Miesmach kommend, hat die Vermögenden überfallen. Jeder ist gestochen und spricht mit schwerer Zunge düstere Dinge.

Der Millionär, der sich früher wenigstens eine Auster hat leisten können, behauptet, er sei jetzt gezwungen, Weihnachtsfeier, zu welcher alle Mitglieder, sowie Freunde das Staniolpapier seines Limburger Käse auszulecken, das er vor seiner Villa finde.

Weihnachtsgeschenke? Er lacht nur höhnisch. Der Bankier spricht wenigstens noch von einem Rollmops, den er seiner Schwiegermutter verehren will, von ein Paar Schnürsenkeln für seine Frau und von einem halben Päckchen Knaster für seinen Teilhaber.

Der Fabrikbesitzer guckt ohne Unterlaß mit dem Operngucker nach seinen Schornsteinen und äugt aus, ob sich der Pleitegeier nicht bereits auf deren Rand gesetzt hat. In seinen Mußestunden ist er damit beschäftigt, die zehn besten Witze des letzten Jahres aus alten Fliegenden herauszusuchen, sie in Rundschrift auf Goldpapier zu schreiben und ein Tannenzweiglein durchzustecken, um das Ganze für seine Familie auf den Weihnachtstisch zu placieren.

Gut! Aber was sollen wir denn dazu sagen, die wir keine Millionäre, keine Bankiers, keine Fabrikbesitzer sind? An ihnen gemessen hätten wir eigentlich überhaupt keine Berechtigung, am heiligen Abend noch zu existieren. Aber wir existieren doch! Jawohl! Und wir erheben sogar Protest, denn wir wollen Weihnachten feiern, wir wollen ein paar schöne, bescheidene Dinge einkaufen, wir lesen gerne die vielversprechenden Annoncen in den Zeitungen und schauen verlangenden Blickes in die einladenden Schaufenster.

Wie aber sollen wir Lust zum Kaufen bekommen, wenn uns die Vorstellung verfolgt, daß der Millionär, der Bankier und der Firmeninhaber, denen die prachtvoll erleuchteten Fenster und das weite, große Haus gehören, unten tief im Keller, ohne Licht auf einem Haufen Preßkohlen sitzen und weinen? — Darum also rufen wir gen Himmel: Herr, schicke uns die Schwalben der Zuversicht, sende sie zum Fliegenfraß gen Miesmach. Wenn dann der Millionär sich wieder eine Auster bestellt, der Bankier seiner Schwiegermutter eine Perlenkette verehrt, und der Fabrikant das Opernglas der Angst am Schornstein seiner Zuversicht zertrümmert, dann wollen wir Kleinen fröhlich Einzug halten in die vielen schönen Läden und uns umschauen nach jenen kleinen bescheidenen Gegenständen harmloser Freude und nach den guten, nützlichen Dingen, mit denen wir uns zu beschenken pflegen.

Hoffentlich kommen die Schwalben bald!

Spielplan des Deutschen Theaters.

Sonntag, den 25. Dezember nachm. 3 Uhr: Kein Vorkaufsrecht! „Dreimäderlhaus", Operette nach Schubert.

Sonntag, den 25. Dezember, abends 7 Uhr: Kein Vorkaufsrecht! „Tristan und Isolde", Oper von Richard Wagner.

Dienstag, den 27. Dezember, nachm. 3 Uhr: Kindervorstellung: „Aschenbrödel".

Dienstag, den 27. Dezember, abends ½8 Uhr: Freier Kartenverkauf! „Alt-Heidelberg", Schauspiel von Meyer-Förster.

Freitag, den 30. Dezember, abends ½8 Uhr: „Die Königskinder", Märchenoper von Humperdinck.

Montag, den 2. Januar, abends ½8 Uhr: Abonnementsverkauf und freier Kartenverkauf! „Charleys Tante". Schwank von Brandon Thomas mit Musik von Leo Hirsch.

Donnerstag, den 5. Januar, abends ½8 Uhr: „Die Zirkusprinzessin". Operette von Emmerich Kalman.

Montag, den 9. Januar, abends ½8 Uhr: 4. Abonnementskonzert! Kammersänger Paul Bender von der Münchner Staatsoper und der Metropolitan-Oper Neuyork.

Deutsches Theater Kattowitz. Wir machen diejenigen Abonnenten, die nur für 6 Vorstellungen abonniert haben, gelbe Karten, darauf aufmerksam, daß ihr Abonnement bereits abgelaufen ist. Das Abonnement kann aber für die restlichen 2 Vorstellungen am 2. Januar „Charleys Tante" und am 16. Januar „Herodes und Marianne" nachgelöst werden, und zwar am Dienstag, den 27. Dezember, von 10 bis 12 Uhr und am Mittwoch, den 28. Dezember von 11 bis 1 Uhr und nachmittags von 4—6 Uhr im Büro des Deutschen Theaters. — — Am Mittwoch, den 28. Dezember, abends 8 Uhr, veranstaltet die Deutsche Theatergemeinde gemeinsam mit der Volkshochschule einen Vortragsabend:

„Aus der Werkstatt des Theaters“ der sehr interessant ist. Ein Theaterfachmann Herr Dr. Erich Schalscha, Breslau, wird eine Einführung in den praktischen Betrieb eines modernen Theaters geben. Aus dem Inhalt des Vortrages seien nur einige Stichworte bekanntgegeben: Die Theaterkunst als Mittler der Literatur. Die Leiter einer Theateraufführung: Kapellmeister und Regisseur. Die musikalische und szenische Vorbereitung eines Bühnenwerkes. Die Aufgabe der Regie. Die verschiedenen Bühnensysteme — Rundhorizont — Drehbühne — Schiebebühne — Versuchsbühne. Der Raumbildner oder künstlerische Beirat und seine Helfer. Das Beleuchtungswesen. Die Verwendung des Films Die Ausbildung des Spielleiters u. s. f. Karten von 1—3 Zloty an der Theaterkasse, Rathausstraße. Schülerkarten 50 Groschen.

„Athleten“ auf der Anklagebank. Der „Athletenklub“ in Neudorf veranstaltete im Monat Oktober d. J. eine Festlichkeit, bei der es zu einem folgenschweren Zwischenfall kam, welcher durch das Verhalten der Stiefbrüder Johann und Paul K. hervorgerufen wurde. Die Genannten erschienen verhältnismäßig spät auf dem Plan, wollten durchaus an der Veranstaltung teilnehmen, ohne allerdings das geforderte Eintrittsgeld zahlen zu wollen. An der Kasse kam es zu Reibereien, welche nach Einmengen dritter Personen schließlich dahin führten, daß die beiden Brüder aus dem Lokal gewiesen wurden. Draußen versuchte Johann K. von seinem Messer Gebrauch zu machen, wurde jedoch daran gehindert. Es entspann sich eine wüste Schlägerei, so daß die Brüder, welche infolge Ueberzahl der Angreifer sozusagen den Kürzeren zogen und ihr Heil in der Flucht versuchten. Die Kampfstimmung unter einem Teil der empörten Klubmitglieder war nun einmal geweckt, so daß die Verfolgung der Fliehenden aufgenommen wurde. Arg mitgespielt worden ist dem Johann K., welchen seine Verfolger auf dem freien Felde einholten. Letzterer wurde schwer mißhandelt und erhielt überdies von einem Angreifer zwei schwere, lebensgefährliche Messerstiche, welche zur Folge hatten, daß der Verletzte infolge Blutverlust am nächsten Tage verstarb. Nicht gut ergangen war es auch dem Striefbruder, der bei der ersten Schlägerei, wo er dem Johann K. Hilfe leisten wollte, einen Messerstich erhalten hatte. Zehn Mitglieder des „Athletenklubs“ hatten sich am gestrigen Donnerstag wegen schwerer Körperverletzung mit Todeserfolg vor dem Landgericht in Kattowitz zu verantworten. Ein Teil der Angeklagten gab zwar zu, in die Schlägerei verwickelt gewesen zu sein, jedoch bestritt jeder einzelne, die tödlichen Messerstiche dem K. beigebracht zu haben. Trotz Vernehmung von 39 Zeugen konnte der Messerstecher und somit der eigentliche Hauptschuldige nicht ermittelt werden. Das Gericht ging nun an die Verurteilung von vier Beklagten und zwar lediglich wegen schwerer Körperverletzung, während die sechs Personen mangels genügender Beweise freigesprochen werden mußten. Verurteilt wurde Josef Blaszczyk zu 5 Monaten, Jan Blaszczyk zu 2 Monaten und Roman Cipa sowie Wilhelm Palka zu je 4 Monaten Gefängnis.

Königshütte und Umgebung

Das Brot . . .

Es ist um die Mittagszeit. Am Rathause kommt ein zehn- oder elfjähriger Junge mit dem Schultornister auf dem Rücken, der auf dem Nachhausewege aus der Schule ist. Sein Anzug verrät, daß er ein Kind armer Leute ist. Wie er so seines Weges geht, hält er plötzlich inne und bleibt stehen; schaut rechts, links und in die Höhe. Dann schnallt er eifrig seinen Tornister ab, dem er ein in Zeitungspapier eingepacktes Etwas entnimmt. Rasch wickelt er das Papier auf und wirft den Inhalt, den Rest einer Schnitte, in die verschneite Rasenanlage.

Aber schnell muß er seinen Frevel büßen. Eine in einen kostbaren Pelz gehüllte Dame hat sein Tun beobachtet und rasch ist sie bei ihm. Mit salbungsvollem Ton frägt sie ihn: „Schämst du dich nicht, Brot fortzuwerfen?“

Der Junge schüttelt den Kopf und erwidert im heimatlichen Jargon: „Nee!“

Diese zielbewußte, knappe Antwort erscheint der Dame sehr frech, weshalb sie ihre Erziehungskunst weiter fortsetzt: „Du siehst aber gar nicht so aus, als ob du Brot zum Fortwerfen hättest!

Diesmal nickt der Junge mit dem Kopfe und sagt: „Ja!“ Hierauf klettert er über die Umwehrung der Anlage, hebt das Stück Brot auf, klettert zurück, zerbricht es in mehrere Teile und wirft es wieder an die Stelle, an der es lag.

Die bepelzte Dame, die schon an die Wirkung ihrer überzeugenden Worte geglaubt haben mochte, wird um so erregter. Noch einmal versucht sie es auf ihre Art: „Bist du denn schon so frech und verdorben, mein Junge, daß du dich von einem erwachsenen Menschen nicht mehr ermahnen läßt?“

Während der Junge wortlos den Kopf schüttelt, ergeht eine neue Belehrung über ihn: „Glaubst du, ich könnte mir erlauben, ein Stück Brot wegzuwerfen, weil ich es dazu habe, aber ich tue es nicht, weil ich damit eine Sünde begehen würde!“

„Ja“, sagte der Junge und blickt der Dame herausfordernd in die Augen, daß es den Anschein hat, als wäre er wirklich sehr frech, „das glaube ich. Sie haben auch vielleicht noch keinen Hunger gehabt, sonst müßten sie auch Mitleid haben. Aber mich mußte meine Mutter schon manchmal ohne Brot in die Schule schicken und weil ich da weiß, wie das ist, wenn man Hunger hat, da tun mir auch die Sperlinge leid, die jetzt nichts finden. Seh'n Sie“, und dabei zeigt er mit dem Finger auf einige Spatzen, die auf den kahlen Aesten des Baumes sitzen, unter den er die Brotbrocken geworfen hat, „die haben auch Hunger und weil ich mich freue, wenn ich ihnen was hinwerfen kann, da habe ich ihnen manchmal ein paar Bissen auf, wenn ich nicht selber zu großen Hunger habe. Da schimpft auch mein Vater nicht!“

Der Junge schnallt seinen Schulranzen wieder auf und blickt lächelnd auf die Spatzen, die inzwischen zwitschernd in den Brocken herumpicken und mit ihnen davonfliegen. „Seh'n Sie, seh'n Sie!“ wendet er sich nochmals freudig zu seiner Mahnerin, „ich glaub nicht, daß das Sünde ist!“

Die Pelzdame schaut und entwickelt plötzlich Eile, um den Kraftomnibus noch zu erreichen, der oben an der Haltestelle vorfährt. Wie sie sich in Bewegung setzt, bewegen sich ihre Lippen, als formten sie die Worte: „Freche Bälger!“

Der korrekte Magistrat. Auf den großen roten Bekanntmachungen betr. die Wahllage zu den Warschauer Sejm- und Senatswahlen ist das Jahr 1927, anstatt 1928 scheinbar durch einen Druckfehler bezeichnet worden. An und für sich kein welterschütterndes Ereignis, da ja ein jeder weiß, daß die Wahlen erst im nächsten Jahre stattfinden werden. Was uns wundert, ist, daß, nachdem ein Königshütter Blatt auf diesen Fehler hingewiesen hat, scheinbar auf Veranlassung des Magistrats, alle bereits in den Schaufenstern und auf den Litfaßsäulen angebrachten Plakate die Zahl 1928 überschrieben erhalten haben. Daraus kann man wieder einmal die Korrektheit unseres Magistrats ersehen.

Bestandene Meisterprüfungen. Unter dem Vorsitz des Schlachthofdirektors Dr. Brudek bestanden die Meisterprüfung im Fleischergewerbe: R. Dinter und J. Sroka aus Königshütte, A. Bujaczek, J. Reether, G. Kowolik und W. Minlus aus Siemianowitz, R. Mikolaczek aus Bismarckhütte, Fr. Czempiel aus Groß-Piekar, F. Majer aus Bittkow, R. Adamaczek aus Kattowitz, W. Koziol aus Klein-Dombrowka, K. Brozon aus Neudorf, A. Kotyrba aus Städt.-Janow. Sämtliche Kandidaten bestanden die Prüfung mit „Gut“.

Anfängerkursus in Kurzschrift Stolze-Schrey. Der Stenographenverein Stolze-Schrey in Königshütte eröffnet am 3. Januar einen neuen Anfängerunterricht in der bisher unübertroffenen, leicht erlernbaren Kurzschrift Stolze-Schrey. Der Unterricht wird von erprobten Lehrkräften erteilt, so daß beste Gewähr für gründliche Ausbildung gegeben ist. Die Teilnehmergebühr für den ganzen Kursus beträgt nur 15 Zloty, wozu noch 3 Zloty für Lehrmittel kommen. Anmeldungen nehmen entgegen Buchhandlung Gärtner, Wolnosci 7, Schuhgeschäft Koch, Wolnosci 37, Sanitätshaus Stiller, Rynek, Zigarrenhandlung Friebe, 3. Maja 19, und Kolonialwarenhandlung Dobek, Bytomska 65. Dort wird auch nähere Auskunft erteilt.

Arbeitsruhe. Aus Anlaß der Weihnachtsfeiertage schließen die Betriebe der Königshütte am Sonnabend, mittags 12 Uhr, ihre Pforten. Wiederbeginn der Arbeit am Dienstag, früh 6 Uhr.

Schulferien. Am heutigen Freitag beginnen in allen Schulen die Weihnachtsferien. Die Wiederaufnahme des Schulunterrichts erfolgt am Mittwoch, den 3. Januar nächsten Jahres.

Festgenommen. Weil er auf eine fremde Verkehrskarte die Grenze überschreiten wollte, wurde der Streichholzfabrikant Heinrich Klein aus Wien verhaftet. Nach gelungenem Uebertritt wollte er sich in Königshütte seßhaft machen.

Hohenlohehütte. (Auch eine Folge der strengen Kälte.) In der Wohnung des Betriebsleiters Pordzik, Alfredschacht, ist infolge allzu starken Aufschüttens von Kohle in den Kachelofen dieser explodiert, wodurch ein im Bett liegendes Kind und Frau Pordzik erhebliche Verletzungen erlitten haben. Das Dienstmädchen erlitt einen Nervenchok und sprang aus dem im 1. Stock gelegenen Fenster. Doch kam sie nur mit einigen Hautabschürfungen davon. Durch den Luftdruck wurden alle Fensterscheiben herausgedrückt und die Wohnungseinrichtung durch herumfliegende Ofenteile zum Teil demoliert.

Rybnik und Umgebung

Auch uns geht es mies . . . Da hat irgendein Betriebsdirektor vor kurzem seinen Betriebsräten, die ihn wegen der viel zu niedrigen Akkordsätze interpellierten, gesagt: „Meine Herren, glauben Sie, auch uns Direktoren geht es mies, aber mies, nicht viel besser als Ihnen. Auch wir müssen uns nach der Decke strecken, das Leben ist halt' schwer“. — Was sollten die Betriebsräte, die ja schon so wie so ob dieses Klageausbruches sprachlos wurden, antworten! Wenn es schon den Direktoren so dreckig geht, da ist es gescheiter das Maul zu halten, denn man kann nie wissen, bei uns zu Lande fliegen auch Betriebsräte raus. Wie mies es unseren Direktoren geht, wollen wir an einem geradezu klassischen Beispiel festnageln. Da es sich um den obenerwähnten Betriebsdirektor, um einen aus dem Kreise Rybnik handelt, so wollen wir schon in dieser Gegend bleiben. Der Direktor, der in Paruschowitz gelegenen „Silesia“, ist ein Herr Monden. Zwar kann er das Wörtchen „von“ nicht aufweisen, aber trotzdem ist er in seinen Passionen ein Vollblutaristokrat. Herr Monden bewohnt eine prachtvolle Villa von 16 Zimmern mit einem Dachgarten und einem kleinen Park, alles mit einem riesigen Zaun umgeben, wahrscheinlich deshalb, damit die Silesiaarbeiter vor Kummer über seine ärmliche Behausung nicht ins Weinen geraten. Ueber ein sehr elegantes Luxusauto, über 3 Reitpferde und zwei Droschkenparadepferde verfügt der Herr Direktor selbstverständlich auch. Woher das eigentlich herkommt bei den miesen Zeiten, ist uns greiflich nicht wahr! — Aber es ist nun einmal so und Herr Monden wird wissen, wieso die anderen Direktoren im Kreise Rybnik leben, zwar nicht alle so ärmlich, aber auch nicht viel schlechter. Von den des engeren Industriebezirks erst gar nicht zu reden. Da aber nach der Meinung so vieler Direktoren es ihnen so mies geht, womöglich noch mieser wie dem Arbeiter selbst, so wäre es doch richtiger, die Rollen zu vertauschen.

Orzesche. (Der Fromme und die Frommen.) Der 60 Jahre alte Invalide Plazek fand dieser Tage den Tod durch Erfrieren. Plazek, ein sehr frommer Mann fastete vorher einen ganzen Tag hindurch und verbrachte die Nacht mit Beten, um sich dann am Morgen nach der Kirche zu begeben. Unterwegs brach er zusammen, wahrscheinlich aus Uebermüdung. Kirchgänger sahen zwar die Gestalt am Boden liegen, gingen aber ruhig weiter, da sie der Meinung waren, es handle sich um einen Betrunkenen. Und so kam Plazek durch die mörderliche Kälte ums Leben. So wird uns aus Orzesche berichtet. — Nicht wahr, ein sehr schöner Zug aus dem Leben sehr frommer Dorfbewohner. Uns dünkt, daß der Fromme auch einem Betrunkenen, der bei dieser Kälte zusammenbricht, nicht die Hilfe versagen dürfte.

Bielitz und Umgebung

Ein Fortschritt.

Das Kampforgan des werktätigen deutschen Volkes des Bezirks Bielitz, die „Volksstimme“, die bisher zweimal in der Woche erschienen ist, wird von nun an dreimal wöchentlich erscheinen.

Wir begrüßen das dreimalige Erscheinen unsres Bruderorgans, auf das herzlichste, denn eine kampfesmutige und klassenbewußte Zeitung ist von größter Bedeutung im Kampfe gegen die Unwissenheit der großen Masse der indifferenten Werktätigen, die heute noch die stärkste Stütze der gegenwärtig herrschenden kapitalistischen Klasse bilden. In diesem Kampfe gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Entrechtung ist die sozialistische Arbeiterpresse die beste Waffe!

Die „Volksstimme“ erfüllt diese Aufgabe schon durch volle 25 Jahre. In allen Kämpfen, die das Proletariat zu führen gezwungen war, hat sie demselben als Mitkämpfer und Bundesgenosse stets treu zur Seite gestanden. Daß sie ihre Pflicht voll und ganz erfüllt hat, beweist am besten die ohnmächtige Wut der herrschenden Klasse gegen dieses Kampforgan. Durch Prozesse und Konfiskationen wollte man die Stimme des arbeitenden Volkes zum Schweigen bringen. Aber durch nichts läßt sich die Volksstimme einschüchtern. Sie wird wie bisher, so auch in der Zukunft rücksichtslos gegen die Feinde der Arbeiterklasse ankämpfen!

Börsenkurse vom 23. 12. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . . 1 Dollar	amtlich	=	8 91 $^{3}/_{4}$ zł
	frei	=	8.93 zł
Berlin . . . . 100 zł		=	46.93 Rmk.
Kattowitz . . . 100 Rmk.		=	213 25 zł
1 Dollar		=	8.91 $^{3}/_{4}$ zł
100 zł		=	46 93 Rmk.

Deutsch-Oberschlesien

Beuthen. (Gold- und Silberwaren im Werte von 1000 Mark gestohlen.) Auf der Beuthener Bahnhofstraße wurde früh um 5 Uhr ein Schaukasten der Firma „Alte und neue Kunst“ erbrochen und daraus goldene und silberne Ringe, Armbänder und Ohrringe im Werte von annähernd 1000 Mark gestohlen. Da der Täter anscheinend bei der Arbeit gestört worden ist, so ist es nicht ausgeschlossen, daß er auf der Flucht einige der gestohlenen Schmucksachen verloren hat. Um sich vor Strafe zu schützen, werden die Personen, die vielleicht solche Gegenstände gefunden oder gekauft haben, ersucht, sich bei der hiesigen Kriminalinspektion zu melden.

Oppeln. (Schwindel mit Neu-Kaledonien.) Vor etwa einem Jahr wurde in Oberschlesien erzählt, daß sich in der Strafkolonie in Neu-Kaledonien noch etwa 800 Kriegsgefangene befinden, die von den Franzosen zurückgehalten werden. Diese Nachricht hatte hauptsächlich in den Kreisen Guttentag, Rosenberg und Groß-Strehlitz der Monteur Johann Pöttel verbreitet. Er erzählte, er sei selbst in der Strafkolonie gewesen und nur durch Vermittelung des Papstes entlassen worden. Er wurde natürlich bekannt und sprach besonders bei Familien vor, die einen Angehörigen im Kriege verloren hatten, aber über deren Verbleib keinen richtigen Aufschluß erhalten hatten. Pöttel, der sich auch als Vizefeldwebel Pyttel ausgab, kannte zumeist die von den Angehörigen Vermißten oder Gefallenen, berichtete über ihren Heldentod oder von Grausamkeiten, unter denen die noch etwa 800 befindlichen Kriegsgefangenen zu leiden hätten. Auf diese Weise gelang es ihm, verschiedene Vorteile zu erreichen und Betrügereien zu begehen. Auf seiner Betrugsreise kam er auch nach Ober-Glogau und nach schlesischen Städten. Er gab sich bei diesen Betrügereien auch als Oberleutnant z. S. von Bismarck aus. Seine Erzählungen blieben jedoch den Behörden nicht unbekannt und diese stellten die nötigen Ermittelungen an, insbesondere auch über die angeblichen Gefangenen in Neu-Kaledonien. Mit der Angelegenheit beschäftigte sich nicht nur die Kriminalpolizei, sondern auch das Auswärtige Amt, und es wurde schließlich festgestellt, daß diese Nachrichten von P. alle erfunden waren, und nur verbreitet wurden, um Betrügereien auszuüben. In Ober-Glogau gelang es, P. festzunehmen. Wie ermittelt wurde, ist er schon vielfach vorbestraft. Außer diesen Schwindeleien und Betrügereien in den verschiedenen Kreisen hatte er sich auch an einen polnischen Deserteur herangemacht. Diesem versprach er, beim Grenzübertritt behilflich zu sein, ließ sich hierfür aber 2000 Zloty aushändigen. Als er das Geld in Händen hatte, stellte er sich als deutscher Kriminalbeamter vor und der polnische Deserteur ergriff die Flucht, um nicht festgenommen zu werden. Bei der Gerichtsverhandlung in Oppeln führte der Angeklagte aus, daß er unzurechnungsfähig sei und auch in Breslau dafür erklärt worden ist. Er wurde durch einen Nervenarzt längere Zeit eingehend beobachtet, der ihm jedoch bei der Verhandlung den Schutz des § 51 nicht zubilligen konnte, so daß ihn das Gericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte. Mit diesem Urteil erklärte sich der Betrüger nicht einverstanden, sondern verlangte lebenslängliches Zuchthaus, die Todesstrafe oder Freispruch. Sechs Monate der Untersuchungshaft wurden ihm auf die Strafe angerechnet.

Sportliches

Wintersport während der Weihnachtsfeiertage.

Wir erleben augenblicklich das wunderbarste Winterwetter, wie wir es schon lange nicht mehr während der Weihnachtswochen gehabt hatten. Allerdings ist es augenblicklich sehr kalt, aber nach den Zeitungsnachrichten haben wir während der Weihnachtsfeiertage milderes Wetter zu erwarten. Viele Wintersportler werden sich schon heute überlegen, wo sie in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr ihren Urlaub verleben sollen. Die gewohnte Reise ins Riesengebirge wird dieses Jahr wegen der jetzigen Paßschwierigkeiten weniger möglich sein. Wir haben aber nicht weit vom Industriegebiet in den Beskiden das wunderbarste Wintersportgelände, wie man es sich idealer gar nicht denken kann. Viele Wintersportler fürchten sich aber dort hinauszufahren, weil sie glauben, daß sie dort nicht komfortabel genug untergebracht werden. Diese Befürchtung ist aber ganz unbegründet, wenn sie sich in dem Afa-Erholungsheim in Wapienice (Lobnitz) bei Bielitz einquartieren. Dieses Heim ist sehr bequem und sauber eingerichtet und verfügt über gut heizbare Zimmer. Nicht nur Mitglieder des Afabundes, sondern auch Freunde werden zu mäßigen Preisen dort aufgenommen. Das Heim liegt nur eine halbe Stunde von der Bahnstation Wapienice entfernt. Es liegt am Fuße der Blatnia, die wegen ihres baumfreien Geländes ein ideales Ski-Gebiet darstellt. In der nächsten Nähe des Heimes sind auch gute Plätze für Anfänger des Ski-Sportes. Alle nähere Auskunft erteilt die Hauptgeschäftsstelle des Afabundes in Kattowitz, ul. Mickiewica 8 II., Telephon 170 und 2286.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten 12.15—12.55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten 13.45—14.45: Konzert auf Schallplatten 15.30 Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst

Sonnabend, den 24. Dezember 1927. 12—12,55: Weihnachtskonzert. 15,45—16,15: Stunde mit Büchern. 16,15—16,30: Walter Schimmel-Falkenau: „Die Filme der Woche“. 16,30: „Hier Welle Tausendmillion?“ 17,45: Abt. Literatur. 18,15: Abt. Heimatkunde. 20: Stille Nacht, heilige Nacht. 21—22: Weihnachtskonzert auf Schallplatten.

Französische Finanzfragen

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Die französischen Parteien rüsten sich zum Wahlkampf. Da ist es für die sozialistische Partei von äußerster Wichtigkeit, ein Finanzprogramm auszuarbeiten, welches den heutigen Verhältnissen angepaßt ist. Der Nationalrat der sozialistischen Partei, der am 26. Dezember tagen wird, dürfte sich auch sehr mit dieser Frage befassen.

Seit 1919 verlangten die französischen Sozialisten ein Aufhören der Anleihepolitik Poincarees und der Vermehrung von indirekten Steuern und Zolltarifen. Sie wollten große Sparmaßnahmen bei allen unnützen Ausgaben und besonders bei dem Militärbudget, ferner einen gerechteren Einzug der Einkommensteuer durch energische Verfolgung des Steuerbetrugs und schließlich die Tilgung der Schuld „durch eine einmalige außergewöhnliche Kapitalsabgabe".

Gerade über diesen letzten Punkt geht der Meinungsstreit nun in Frankreich schon seit 1920. Eine Zeitlang, nachdem das Fiasko des Ruhrunternehmens feststand, waren sogar viele Mitglieder der „Radikalen Partei" für diesen Vorschlag gewonnen. Auf deren Kongreß von Nizza (1925) war die ganze Partei dafür eingetreten mit Ausnahme von Caillaux und seinen Getreuen. Damals hatten sich obendrein die sozialistischen Vorschläge inhaltlich insofern geändert, als die Uebereinstürzung des Frankenfalls neue Gedanken zur Durchführung der Kapitalsabgabe notwendig gemacht hatte.

Leon Blum, der Führer der französischen sozialistischen Partei, erklärt den Unterschied dahin, daß er sagt, in dem Plan von 1920 war die Kapitalsabgabe ganz persönlich, im Projekt von 1925 sachlich.

Eine sachliche Kapitalsabgabe erstreckt sich auf Dinge und Güter. Ihr Tarif wird ohne Ansehen der Person aufgestellt. Sie hat einen undemokratischen Zug in sich, da hiebei der Reiche und Arme in gleicher Weise und mit den gleichen Tarifsätzen betroffen wird: Wer zum Beispiel eine bestimmte Fläche Landes besitzt, hätte auf Grund des Vorschlages etwa 10 Prozent dem Staat abzugeben, ganz gleich ob dies für den Besitzer hart gewesen wäre oder nicht. Das ist die „eilige Kapitalsabgabe", könnte man sagen. Denn sie ist nur bei besonderen Umständen anwendbar. Dagegen verlangt die „persönliche Kapitalsabgabe" (System von 1920) eine Erklärung über das Vermögen, was dessen Kontrolle voraussetzt, ja das sogar strenge vorherige Maßnahmen gegen Vermögensverschleppungen und gegen Sendungen von Geldern ins Ausland bedingt. Denn dieses System eignet sich glänzend zum Steuerbetrug, etwa wie die Einkommen- oder die Erbschaftssteuer.

Gerade wegen der dabei notwendigen genauen Kontrolle eignet sich dieses System nicht für dringende Notfälle. Es ist außerdem bedeutend demokratischer, weil es verschiedene Tarife für verschiedene Vermögenslagen aufstellt und die Person des Abgabepflichtigen in Betracht zieht.

Jetzt, nachdem in den französischen Finanzen eine ziemliche Ruhe eingetreten ist, bringt die französische sozialistische Partei wieder das persönliche Kapitalsabgabe-System aufs Tapet. Es wird die Hauptrolle im kommenden Wahlkampf spielen.

Die Rechte will darin das Eingeständnis sehen, daß entweder die sozialistischen Vorschläge von 1925 ein völliger Irrtum waren, oder daß die französischen Sozialisten hinterlistig genug seien, im Grunde noch daran festzuhalten, ohne daß sie es wagten, ihren Wählern das offen zugeben. Dieser Deutelungsversuch der Rechten dürfte vor allem auf den Aerger zurückzuführen sein, den sie darüber empfindet, daß die französische sozialistische Partei unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Aufrechterhaltung des Gedankens eines undemokratischen Steuersystems ablehnt. Dazu hat die Rechte 1925 allerdings den günstigen Moment verpaßt.

Kurt Lenz.

Steht Europa vor dem Bankrott?

Der bekannte englische Nationalökonom Sir George Paish hielt kürzlich eine Rede, der wir folgende charakteristische Zahlen und Schlüsse entnehmen: Die Anleihen Europas an Rußland betrugen vor dem Kriege einige Milliarden. Europa hatte Recht auf Gegenleistungen im Betrage von 60 Mill. Dollar per Jahr, die hauptsächlich in Form von Weizen, Flachs usw., eingingen. Dieses Einkommen ist hinfällig geworden. Die amerikanischen Schulden an Europa betrugen ca. 1 200 000 000, die per Jahr ca. 60 Millionen abwarfen und in Rohbaumwolle, Nahrungsmitteln usw., bezahlt wurden. Diese Schuld ist völlig verschwunden, hingegen muß Europa nach vollendeter Schuldenregelung gigantische Summen an Amerika zahlen. Will Europa allen seinen Verpflichtungen nachkommen, so muß es für 300 000 000 Doll. mehr exportieren als vor dem Kriege. Dieser erhöhte Export wird nicht erreicht und kann nicht erreicht werden, so u. a. weil sich der Produktionsapparat außerhalb Europas gewaltig vergrößert hat (Amerika, Japan, Indien, China usw.). Das verarmte Europa versuchte deshalb, die Bilanz durch Einschränkung der Einkäufe auszugleichen, d. h. durch die Erhöhung der Zölle, Einfuhreinschränkungen und -Verbote. Import- und Exporthindernisse trieben sich gegenseitig in die Höhe. Schließlich nahm man die Zuflucht zu Krediten, mit dem Resultat, daß die Schulden der Industrien an die Banken eine gefährliche Höhe erreichten. Aus Anleihen erwuchsen neue Anleihen. Wie stark diese Bewegung zunimmt, geht daraus hervor, daß sich die Anleihen Amerikas an Europa im Jahre 1926 auf 500 000 000 Doll. beziffern und die Summe im Jahre 1927 wahrscheinlich noch höher sein wird. Wie lange wird Europa weiter Anleihen aufnehmen können und wie lange wird Amerika borgen wollen? Die Antwort von Paish lautet: weniger als zwei Jahre. Die kritische Zeit wird im Frühling 1929 kommen. Europa wird dann keine neuen Anleihen mehr aufnehmen können und vor dem Bankrott stehen.

Paish fügte bei, daß dies nicht nur seine persönliche Ansicht sei, sondern er diese Meinung im Gespräch mit Finanz- und Bankleuten von Amerika, England, Deutschland usw., gewonnen und bestätigt gefunden habe. Sein Herz sträube sich jedoch gegen diesen Schluß. Dem Unglück müsse gesteuert werden, d. h. Europa müsse seine Waren verkaufen können. Das Heilmittel sieht Paish in der Herabsetzung der Zölle und der Beseitigung der Beschränkungen des internationalen Handels. Die internationale Wirtschaftskonferenz habe auf diesem Gebiete schöne Beschlüsse gefaßt, es sei jedoch noch nichts Praktisches getan worden. Es sei eine neue Wirtschaftskonferenz nötig, nicht eine solche von Experten, sondern von Staatsmännern und Politikern, die die Macht haben, die Beschlüsse durchzuführen.

Dazu ist zu bemerken, daß eine neue Wirtschaftskonferenz keine neuen Gesichtspunkte bringen kann, sondern daß es sich einfach darum handelt, daß die Staatsmänner in den verschiedenen Ländern den Willen haben, das zu tun, über dessen Notwendigkeit man schon lange im Klaren ist. — Das Dilemma liegt in der Tatsache, daß Wirtschaftskonferenzen von Politikern nie zu etwas geführt haben und die Beschlüsse von reinen Wirtschaftskonferenzen von den verantwortlichen Staatsmännern nicht beachtet oder gar sabotiert werden.

Das Ende der alten Garde

Die russische Kommunistische Partei hat die Bolschewiki aus der Partei ausgeschlossen — das klingt absurd und ist dennoch wahr. Denn das ist das Ergebnis ihres Parteitages: die ganze alte Garde des Bolschewismus mit sehr wenigen Ausnahmen, fast alle die, die schon auf dem Parteitag von 1903, auf dem sich Bolschewiki und Menschewiki zum erstenmal voneinander getrennt haben, auf Lenins Seite gestanden sind, fast alle die, die in den folgenden Jahrzehnten die unterirdische Propaganda des Bolschewismus geleitet, die im Sturm der Revolution von 1905 als Lenins Adjutanten und Unterbefehlshaber den bolschewikischen Kampf geführt, die schließlich unter Lenins Führung im November 1917 den großen Sieg erfochten und in dreijährigem Bürgerkrieg den Verteidigungskampf der Sowjetmacht gegen die Weißen organisiert haben — sie sind nun fast alle als „Neomenschewiken", als „Gegenrevoluitonäre", als „Verräter" geächtet, von der Partei, die sie begründet und in deren ersten Reihen sie gefochten haben, ausgeschlossen, ihnen allen ist nunmehr in ganz Sowjetrußland jede politische Betätigung verboten!

Stalin hat ganze Arbeit verrichtet. Er hat zuerst Trotzki und Sinowjew aus der Partei ausgeschlossen und damit die Opposition enthauptet. Er hat dann einige hundert Arbeiter, die die Ansichten der Opposition teilen, aus der Partei ausschließen und viele von ihnen gleich verhaften lassen, unter ihnen auch solche, die sich, wie zum Beispiel Mratschkowski, in der Zeit des Bürgerkrieges im Kampfe gegen die Weißen die größten Verdienste erworben haben. Er hat auf diese Weise alle, die Sympathien für die Opposition hatten, terrorisiert; damit war dafür gesorgt, daß nur verläßliche Anhänger Stalins zum Parteitag entsendet wurden. Hatte er sich so einen Parteitag zusammengesetzt, den er schrankenlos beherrschen konnte, so hat er nun den Parteitag benützt, um sich der Opposition restlos zu entledigen. So hat er denn den Parteitag beschließen lassen, daß fünfundsiebzig Führer der Opposition aus der Partei ausgeschlossen werden und daß in Zukunft die Zugehörigkeit zur Opposition mit der Parteizugehörigkeit unvereinbar ist.

Unter den Ausgeschlossenen sind nur wenige, die erst im Sturm der Revolution zum Bolschewismus gestoßen sind. Von den Bekannteren unter ihnen ist eigentlich nur Rakowski ein junger Bolschewik. Der alte Führer der rumänischen Sozialdemokratie, von der rumänischen Regierung als Kriegsgegner eingekerkert, von den russischen Soldaten, die der Krieg auf rumänischen Boden geführt hatte, aus dem Kerker befreit, ist dann nach Rußland gegangen, gehörte dort aber der Gruppe der Menschewiki-Internationalisten, dem engsten Freundeskreis Martows, an und ist erst nach der Oktoberrevolution zu den Bolschewiki übergegangen. Aber sehr bald hat er in der bolschewikischen Partei eine sehr große Rolle gespielt. Er stand lange an der Spitze der Sowjetregierung der Ukraine, er war später als Botschafter der Sowjetunion in London, später in Paris tätig. Immerhin, er gehörte nicht zur alten Garde des Bolschewismus. Alle andern, die nunmehr ausgeschlossen worden sind, gehörten zu ihr. So vor allem Kamenjew, der vor der Oktoberrevolution neben Sinowjew der erste Adjutant Lenins war und nach der Revolution jahrelang der Vorsitzende des Moskauer Sowjets gewesen ist, bis er, nachdem er schon in offenen Konflikt mit Stalin geraten war, als Botschafter nach Rom geschickt wurde. So Smirnow, der bis vor kurzem als Volkskommissar für Post- und Telegraphenwesen der Sowjetregierung angehörte. So Radek, der Emissär des Bolschewismus in der deutschen Revolution. So Männer wie Smigla, Pjatakow, Jewdokimow, Saporonow — Männer, deren Namen mit der ganzen Geschichte des Bolschewismus auf das engste verknüpft sind. Es ist wirklich der ganze alte Führerstab der Bolschewiki, der da aus der Partei hinausgeworfen worden ist.

Man muß sich, um die Ausschließung dieser Fraktion aus der Partei richtig zu würdigen, folgende Tatsachen ins Gedächtnis rufen: Die Ausgeschlossenen bildeten den linken Flügel der Kommunistischen Partei; eine Koalition des von Stalin und Bucharin geführten Zentrums mit dem von Rykow und Kalinin repräsentierten rechten Flügel hat sie aus der Partei hinausgedrängt. In allen grundsätzlichen Fragen der Sowjetdiktatur und der bolschewikischen Weltrevolutionspolitik hat sie nichts von Stalin geschieden. Was sie im Gegensatz zu ihm brachte, waren nicht allzu scharfe Gegensätze. Sie forderten einen schärfer auf die Weltrevolution gerichteten Kurs in der äußeren, einen schärferen Kurs gegen die Nep-Bourgeoisie und die Großbauern in der inneren Politik. Wenn Stalin so redet, als bestünden zwischen der Opposition und der Partei grundsätzliche Gegensätze, als wären die Oppositionellen verkappte Menschewiki, so ist das offensichtlich unwahr, nur zur Rechtfertigung der Ausschließung erfunden. Dabei hat sich die Opposition auch nicht etwa gegen die Autorität der Partei aufgelehnt. Die Gruppe Kamenjews war sogar bereit, sich feierlich zum Verzicht auf jede weitere Propaganda ihrer Ansichten zu verpflichten. Aber Stalin hat das nicht genügt. Er forderte, ganz wie irgendein mittelalterliches Ketzergericht, daß die Opposition nicht etwa nur auf die Vertretung ihrer Ansichten verzichte, sondern diese Ansichten selbst öffentlich abschwöre! Die Ausschließung der Oppositionellen bedeutet natürlich, daß sie aus allen ihren amtlichen Stellen entlassen werden und daß ihnen in der Sowjetrepublik, die sie begründet und bis vor kurzem regiert haben, schlechthin jede politische Betätigung bei Strafe der Verhaftung, des Gefängnisses oder der Verbannung verboten wird!

Was ist die wirkliche Ursache dieser Massenausschließung der alten Führer? Eben dies — daß sie die alten Führer sind! Das sind die Männer, die jahrzehntelang als „professionelle Revolutionäre", als Verschwörer von Beruf, die unterirdische Minierarbeit im zarischen Rußland besorgt haben. Das sind die Männer, die viele Jahre lang im Exil als Literaten gelebt haben. Sie alle tragen die Spuren dieser Vergangenheit an sich. Glänzende Schriftsteller, in allen Künsten der Dialektik geübte Theoretiker, enthusiastische Revolutionäre. Aber eben deshalb findet sich diese alte Garde schwer in den Alltag, der der enthusiastischen, der heroischen Periode der Revolution gefolgt ist. Eben deshalb revoltiert sie gegen die Kompromisse der Idee mit der Wirklichkeit, die der Alltag erfordert. Der Alltag der herrschenden Partei braucht andere Menschen als die Revolution: nüchterne Rechner, gute Verwalter, kompromißbereite Opportunisten. Der Alltag rächt sich an der Idee, indem er ihre Träger in das unterirdische Geheimnis zurückwirft!

Die Vernichtung der alten Garde mag es der herrschenden Partei für die Zukunft erleichtern, sich von Illusionen, über die die Zeit hinweggegangen ist, loszureißen. Zunächst aber wird ihre Niederlage eine andre Wirkung zeitigen; die Verschärfung des Drucks der terroristischen Diktatur. Man versteht, wieunheimlich es der herrschenden Partei ist, so alte, erprobte Revolutionäre mit von der ganzen Romantik der Revolution umstrahlten Namen zu Todfeinden zu haben. Man versteht, daß Stalin diese Männer nur ausschließen kann, wenn er entschlossen ist, alle die furchtbaren Gewaltmittel der Tscheka gegen sie anzuwenden, sobald sie sich aufzulehnen wagen. Aber wenn dieser furchtbare Machtapparat selbst die berühmtesten Träger der bolschewikischen Revolution unbarmherzig zu zertreten entschlossen ist, wenn sie sich gegen ihn auflehnen, wie unbarmherzig muß er sich dann erst gegen jede andre geistige, gegen jede andre politische Regung zeigen. So erklärt denn Bucharin jetzt mit zynischer Brutalität: „Die einzig denkbare Situation bei uns ist: Die eine Partei regiert, alle anderen sitzen im Gefängnis." Man erinnere sich, daß in den ersten zwei Jahren der Sowjetdiktatur selbst Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre noch die Möglichkeit legaler Propaganda ihrer Ansichten hatten, während jetzt schon selbst der alten Garde des Bolschewismus unter der Drohung mit dem Gefängnis jede Propaganda ihrer Ansichten verboten wird, weil diese nur in geringen Nuancen von denen der Beherrscher des Gewaltapparats abweichen, um zu verstehen, wie die Diktatur geradezu zwangsläufig zu immer ausschließlicherer Monopolisierung des öffentlichen Lebens durch die Diktatoren, zu immer vollständigerer Ausschließung jedes Wettbewerbes verschiedener Meinungen um die Entscheidung der Arbeiterklasse und damit zu vollständigerer Vernichtung aller geistigen Freiheit führt. Es ist ein furchtbar teurer Preis, den eine Arbeiterklasse bezahlen muß, wenn sie ihre Macht nicht anders als mittels der terroristischen Diktatur einer Partei zu begründen und zu üben vermag; denn sie bezahlt dann die Allmacht der Partei, die sie repräsentiert, mit dem Verzicht auf alle Freiheit, sich aus dem Wettbewerb der Meinungen selbst das Urteil zu bilden, und durch ihr Urteil den Streit der Meinungen zu entscheiden. Sie erkaufte die Macht mit dem Verzicht auf die Freiheit.

Im Tempel des Buddha-Zahns

Von Dr. Helmuth von Glasenapp.
Professor an der Universität Berlin.

Kandy, 21. November.

Als an Gautama Buddha die Bitte gerichtet wurde, er möge neben dem Orden der Mönche auch einen Orden der Nonnen errichten, entschloß er sich hierzu nur schwer, denn, sagte er, seine Lehre werde jetzt nicht tausend, sondern nur fünfhundert Jahre bestehen können. Der Erhabene hat sich mit dieser nicht sehr galanten Aeußerung als ein schlechter Prophet erwiesen. Wohl hat seine Religion, nachdem sie fast 1500 Jahre lang auf dem indischen Festlande geblüht, der brahmanischen Gegenreformation und dem Ansturm des Islams weichen müssen, so daß es jetzt auf dem vorderindischen Kontinent nur noch wenige hunderttausend Buddhisten gibt, in Ceylon und in Hinterindien aber lebt das „Gesetz des Erleuchteten" noch heute und beeinflußt das Denken und Fühlen von Millionen von Anhängern.

Obwohl die Singalesen behaupten, daß der Buddha auf Ceylon selbst geweilt und auf dem Adamspik seine Fußspur hinterlassen habe, ist die Lehre des Erhabenen wahrscheinlich erst um 250 v. Chr. durch Mahinda, einen Sohn des indischen Kaisers Asoka auf der Löweninsel eingefürt worden. Der Buddhismus erfreute sich, von königlicher Gunst gefördert, auf Ceylon bald einer so hohen Blüte, daß das Land weitaus berühmt wurde wegen der großen Theologen, die hier ihre Werke verfaßten und wegen der lückenlosen Ueberlieferung der heiligen, in der Pali-Sprache abgefaßten Schriften. Im Laufe der Zeit sank das sittliche Niveau der Geistlichkeit freilich herab, so daß mehrfach Reformen notwendig wurden, ein Umstand dem die drei heute in Ceylon nebeneinander bestehenden Mönchssekten ihren Ursprung verdanken. Die bedeutendste von diesen, die siamesische, wurde von siamesischen Mönchen begründet, die von den singalesischen Herrschern ins Land gerufen wurden, um eine Reorganisation des Klerus herbeizuführen, die beiden anderen, die birmanische und eine autochthone, die der Ramanas, entstanden aus ähnlichen Bedürfnissen heraus. Heutzutage zeigt sich bei den Mönchen Ceylons wieder eine starke Verweltlichung, viele von den „Bhikkhus", die man allenthalben in ihren safrangelben, togaartigen Gewändern, mit weißen Fächern und mit schwarzen Regenschirmen europäischer Provenienz umhergehen sieht, halten sich nicht streng an die Ordensgesetze und besitzen nur eine geringe Kenntnis der heiligen Texte, mit denen sie vertraut sein sollten. Es ist daher verständlich, daß die Laien selber sich zusammengetan haben, um über die Reinhaltung der Religion zu wachen und zeitgemäße Neuerungen einzuführen. Eine Organisation dieser Art ist die Young Men's Buddhist Association", die in allen größeren Städten Ceylons Niederlassungen besitzt und die Jugend dadurch dem Glauben der Väter zu erhalten sucht, daß sie sich mit modernen Problemen der verschiedensten Art auseinandersetzt. Die Gesellschaft, die nicht nur in ihrem Namen, sondern auch in ihren Methoden eine Art buddhistisches Gegenstück zu den über die ganze Welt verbreiteten „Christlichen Vereinen junger Männer" (Y. M. C. A.) darstellt, pflegt namentlich die Diskussion über philosophische Fragen und sucht die Stellung des Buddhismus gegenüber den Weltanschauungen des Westens zu klären. Einen Einblick in die echt indische tolerante Behandlung religiöser Probleme gewann ich, als ich dieser Tage auf Aufforderung der Gesellschaft einen Vortrag über die buddhistischen Einflüsse in der deutschen Philosophie und Literatur (Schopenhauer, Wagner, Gjellerup, H. Hesse usw.) zu halten hatte und sich hieran eine Aussprache über den Gegensatz und den Ausgleich abend- und morgenländischer Weltanschauung knüpfte. Daß die von den buddhistischen Reformbewegungen ausgehenden Wirkungen nicht unterschätzt werden dürfen, lehrt aufs deutlichste die Tatsache, daß die gebildeten Kreise Ceylons, die sich in der letzten Generation dem buddhistischen Denken entfernt hatten, heute demselben wieder ein starkes Interesse entgegenbringen, wofür allerdings nicht rein religiöse, sondern auch nationalistische Motive maßgebend sind. Es ist aus der indischen Mentalität verständlich, wenn die Buddhisten Ceylons in ihren apologetischen Zeitschriften mit Uebertreibung auf die Erfolge der buddhistischen Mission hinweisen, der es gelungen sei, nicht nur durch Bekehrungen in Malabar dem Buddha-Glauben auf dem Festlande Indiens wieder Anhänger zu sichern, sondern sogar Europäer zu gewinnen, gibt es doch heute eine Niederlassung deutscher Buddhistenmönche auf der Löweninsel.

Alle die erwähnten Bestrebungen, den Buddhismus neu zu beleben, indem dargelegt wird, daß seine Philosophie mit moderner Naturwissenschaft vereinbar sei, und deshalb im Gegensatz zu anderen Religionen durchaus den Bedürfnissen der Gegenwart entspreche, werden in mitunter merkwürdig anmutender Weise mit den überkommenen Formen der Ueberlieferung kombiniert. Die Kluft, die zwischen dem Modernen und dem Alten steht, wird gewöhnlich dadurch zu überbrücken versucht, daß die geheiligten Gebräuche und Riten symbolisch erklärt und dadurch auch dem modernen Buddhisten schmackhaft gemacht werden.

Eine Anschauung von dem volkstümlicheren alten Buddhismus Ceylons mit seinem Reliquienkult gewann ich, als mich

buddhistische Freunde in den „Dalada Maligawa“ führten, den berühmten „Tempel des heiligen Buddha-Zahns“. Es mochte gegen 7 Uhr abends sein, als wir das Heiligtum erreichten, das in seinen architektonischen Elementen eine eigenartige Mischung singalesischer und portugiesischer Formeneinflüsse zeigt. Vorbei an zahlreichen Bettlern, die ihre Gebrechen zur Schau trugen, kamen wir in die Eingangshalle, wo Trommler einen dumpfen, ohrenbetäubenden Lärm vollführten. Nachdem wir uns der Schuhe und Strümpfe entledigt, stiegen wir barfuß die steilen Stein- und Holztreppen hinan. Durch die Pfeilerhallen des Heiligtums mit ihren mehr drastischen als schönen Darstellungen der Höllenstrafen gelangten wir in die Seitenkapellen, in denen singalesische Frauen und Männer Jasminblumen vor den Statuen des Buddha niederlegten, vor Bildwerken, von denen einzelne durch ihre Schönheit und Eigenart herausragen aus der Fülle der Votivgaben, mit welchen fromme Pilger aus Ceylon und Hinterindien den Tempel schmückten. Merkwürdig berührt das unvermittelte Nebeneinander von Alten und Modernem: in einem Saal waren Photographien von europäischen und indischen Berühmtheiten aufgehängt, in einem anderen sah man alte Friese und Skulpturen; ein kristallener Buddha, den der König von Siam schenkte, erhält durch elektrisches Licht eine magische Beleuchtung.

Durch eine vergoldete, mit Elfenbeinschnitzereien ausgelegte Bronzetür gelangten wir schließlich über eine silberne Schwelle in die heilige Zelle des Reliquiariums. Der Oberpriester, ein noch junger Mann mit klugem, sympathischem Gesicht, begrüßte mich mit einer Ansprache in Pali. Dann zeigte man mir die goldene Lotosblume an der Decke, das silberne Tischchen mit den geopferten Blumen, die Weihgeschenke aus purem Golde, welche die frommen Könige von Kandy gestiftet: Fächer, Betelbüchsen, Wasserschalen und anderes, zum Teil Kunstwerke, deren Wert durch die eingelegten Juwelen erhöht wurde. Hinter einem Gitter aus Eisen steht auf einem Tisch aus Silber ein kostbares Gehäuse, das mit seltsamen Schmuckstücken, so einem aus Edelsteinen und Gold verfertigten Halsschmuck in Gestalt eines Pfaus, einer Gabe der letzten Königin Kandys, geschmückt ist. Innerhalb des äußeren Gehäuses befinden sich noch sechs andere, in letztem von ihnen ruht die Reliquie, die als der „Zahn des Buddha“ verehrt wird. Die Reliquie ist ein nicht ganz fünf Zentimeter langes und etwa anderthalb Zentimeter dickes bräunliches Stück Elfenbein und sieht eher aus wie der Zahn eines Krokodils als der eines Menschen; seine unnatürliche Größe erklären die Priester damit, daß sie behaupten, zu Buddhas Zeit seien die Menschen größer gewesen als heutzutage.

Der Brauch, Reliquien von Buddha zu sammeln, ist nordindischen Ursprungs. Bereits nach dem Tode des Erhabenen wurden seine sterblichen Ueberreste, als seine Leiche verbrannt worden war, unter die Fürsten von Bihar verteilt, die über denselben einen Reliquienhügel errichteten. In den Jahrhunderten nach Beginn unserer Zeitrechnung zeigte man, wie uns die chinesischen Pilger in ihren Reisebeschreibungen berichten, Haare, Nägel, Zähne, Augäpfel, Kleidungsstücke und Gebrauchsgegenstände Gautamas in vielen Städten Indiens, an manchen Orten soll er sogar seine Fußabdrücke, in Kausambi, Gaya, Nagara seinen Schatten in Höhlen zurückgelassen haben. Der Buddhazahn von Kandy soll, einer freilich unsicheren Ueberlieferung zufolge, zuerst im Orissa verehrt worden, dann aber nach Ceylon gebracht worden sein, wo er infolge der wechselnden politischen Verhältnisse bald in dieser, bald in jener Hauptstadt aufbewahrt wurde. Um 1604 erbeuteten die Portugiesen die Reliquie bei der Einnahme von Jaffna und verbrannten sie in Goa, obwohl der König von Pegu dem portugiesischen Gouverneur ein enormes Lösegeld für den Zahn geboten haben soll. Die Singalesen halten den portugiesischen Bericht jedoch für unhistorisch, sie behaupten, der echte sei nie nach Jaffna gelangt, sondern in Kandy verborgen gehalten worden.

Als wir das Allerheiligste verließen, in dem in der heißen Zeit eine elektrische Pankah bewegt wird, zeigte man uns den Schmuck der Elefanten, die alljährlich beim Peraherafest bei der großen Prozession den Zahn und andere Reliquien durch die Stadt tragen. Dann breitete der Bibliothekar des Tempels alte singalesische und barmanische Pali-Manuskripte vor uns aus und wies auf die Werke europäischer Gelehrter, die dem Tempel geschenkt worden waren. Schließlich gingen wir auf den Altan hinaus, von wo aus der letzte bigotte, aber tyrannische Herrscher von Kandy, der 1915 von den Engländern abgesetzt wurde, Geldstücke unter die sich um die Almosen balgende Menge zu werfen pflegte. Herrlich lag der See von Kandy im Abenddunkel vor uns, den derselbe König von seinen Untertanen in harter Fronarbeit hatte mit mächtigen Steindämmen einfassen lassen. Auf der Straße zog eine Prozession mit einem Buddhabild vorüber, von tanzenden und jubelnden Gläubigen mit Lichtern umgeben, die durch dieses „pinu kamm“ (fromme Werk) in einer späteren Wiedergeburt Lohn zu ernten hoffen.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Friedenshütte. Auf Veranlassung des Bibliothekars wird den Lesern unserer Ortsgruppe an dieser Stelle nochmals bekannt gegeben, daß der Austausch der Bücher nur an jedem 1. und 15. stattfindet, damit ein geregelter Bücheraustausch zustandekommt. Dadurch, daß vierzehntäglich gewechselt wird, bietet sich eine größere Auswahl. Die Bücher dürfen nicht länger als 14 Tage behalten werden, doch kann die Frist beim Bücherwart verlängert werden. Im Verstoßfall steht dem Bibliothekar das Recht zu, eine Strafe von 10 Groschen pro Buch zu erheben. Auch wird darauf aufmerksam gemacht, daß laut Beschluß der Mitglieder eine monatliche Lesegebühr von 5 Groschen zu entrichten ist. Daß die Bücher wieder in sauberem Zustande zurückgebracht werden, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Im übrigen wird gehofft, daß die Kollegen von Friedenshütte an den kommenden Vorträgen des 2. Halbjahres sich wieder so zahlreich beteiligen werden, wie bis jetzt.

Versammlungskalender

Bismarckhütte. Achtung, Freidenker! Sonntag, den 25. Dezember, nachmittags 4 Uhr, findet eine Sonnenwendfeier des Freidenker-Vereins Bismarckhütte statt, und zwar in Königshütte, Tempelstraße 35, im Lokal bei Herrn Paschek. Der Freidenkerverein Königshütte, sowie der Bund für Arbeiterbildung und der Arbeiter-Gesangverein Bismarckhütte sind nebst ihren Angehörigen aufs herzlichste eingeladen.

Schwientochlowitz. Freidenker. Am Montag, den 26. Dezember, findet in Schwientochlowitz bei Gerstel, um 3 Uhr nachmittags, die Generalversammlung der Freidenker statt. Gäste willkommen.

Schwientochlowitz. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ veranstaltet am 2. Weihnachtsfeiertag, abends 7 Uhr, im Saale des Herrn Pilawa, Apothekenstraße, eine Weihnachtsfeier, zu welcher alle Mitglieder, sowie Freunde und Gönner unserer Bewegung herzlichst eingeladen werden.

Nikolai. Freie Sänger. Am 2. Feiertag, den 26 Dezember, findet im Vereinslokal (Ciossek) unsere Weihnachtsfeier statt. Anfang 4 Uhr nachm. Alle passiven und aktiven Mitglieder seien hiermit herzlichst eingeladen.

Vermischte Nachrichten

Einen Rekord in Einbrüchen.

Einen Rekord in Einbrüchen haben sich jüngst in einer Nacht die Berliner Geldschrankknacker geleistet. Ein Einbruch fand in den Räumen der Kaffee-Hag-Gesellschaft in der Droysenstraße 17 statt. Mit Hilfe von Nachschlüsseln gelangten die Verbrecher auf den Hof, von da aus kletterten sie durch den Fahrstuhlschacht zum Keller hinunter und von dort kamen sie in die zu ebener Erde gelegenen Bureauräume. Mit Sauerstoffapparat schweißten sie einen modernen Geldschrank auf und erbeuteten dabei 18 000 Mark bares Geld. Die Wechsel, die im Geldschranke lagen, blieben unberührt. Es ist bemerkenswert, daß bei der Kaffee-Hag-Gesellschaft in der Weihnachtswoche des Vorjahres ebenfalls ein Geldschrankeinbruch verübt wurde. — Eine zweite Bande, die etwas primitiver arbeitete, betätigte sich in den Kassenräumen der Remtsma-Zigaretten-Gesellschaft in der Voßstraße 10. Hier befindet sich die von der Reemtsma übernommene Zigarettenfabrik Karmitri. Die Täter waren vom Nachbargrundstück über eine Mauer gekommen; sie schlugen im ersten Stockwerk eine Fensterscheibe ein und gelangten so zum Kassenraum. Den Tätern fielen hier 12- bis 13 000 Mark in die Hände. — Eine dritte Verbrecherkolonne hatte sich den Kassenraum der Dach-Pix-Gesellschaft in der Jagowstraße 29 als Objekt ausgesucht. Sie fand aber in dem Geldschrank, den sie mit großer Mühe aufgeschweißt hatten, nur ganze 300 Mark. Alle diese Einbrüche wurden in der Nähe des Savigny-Platzes verübt. Erst vor kurzem wurde am Savigny-Platz die Dresdener Bankfiliale von Einbrechern heimgesucht. Das läßt darauf schließen, daß es sich bei den neuen Einbrüchen um die gleichen Täter handelt. Diese Vermutung wird durch zahlreiche Zeugen, die sich beim Polizeipräsidium gemeldet haben, gestützt. Die Täter halten sich offenbar noch in Berlin auf. — Ein besonders kühner und raffinierter Einbruch wurde dann noch in einem Herrenbekleidungsgeschäft in der Blumenstraße 80/81 verübt. Die Verbrecher drangen in das neben dem Geschäft liegende Postamt ein, von dort durchstemmten sie die Wand zu den Lagerräumen des Konfektionsgeschäftes und erbeuteten Stoffe im Werte von 3000 bis 10 000 Mark.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29